

...ammeln, ob bei reichem Wohl in kinstem Saal, ob bei
lotternder Rede in Preussens Parlamenten — immer steht
ihnen ein furchtbarer Schatten an der Wand, der
drohend seine Arme reckt; immer ist es die Sozialdemo-
kratie, die die Vermuthliche in ihre Trinkschalen leitet.
Kein Sozialdemokrat sitzt im preussischen Dreiklassen-
haus; die Debatten hallen wider von der sozialdemokrati-
schen Gefahr. Kein Sozialdemokrat stört die Edlen und
Erlauchten im Hause der Herren; sie sind die ersten, die sich
erschreckt erkundigen, wie der schwarze Schatten der Not
zu bannen wäre. Kein Sozialdemokrat endlich tastet sich
im hohen „Kaiserhof“-Saale durch die endlose Speisefantasi-
hindurch, und trotzdem sitzen die Sozialdemokraten mit bei
Tische und trotzdem ertönt auch hier der Silberstich: setzt euch
zusammen, ganz dicht zusammen, damit wir uns Mut zu-
sprechen für den Kampf mit den Ungezählten, die ihren
Hunger kaum stillen, ihre Blüten kaum bedecken können.
„In der ganzen Industrie rauchen nicht nur alle Schorn-
steine, sondern wird geradezu mit Wasserdampf gearbeitet.“
hatte der Sprecher der deutschen Bauern, der Graf
v. Schmerin-Löwis, vorher erklärt. Ist dem so, dann ver-
meint sich täglich das industrielle Arbeiterheer, verdichtet
sich folglich fründlich der gefürchtete entsehlige Schatten.
Ist dem so, dann wird der Kampf gegen die Vergeltung mit
jedem Tage immer aussichtsloser für die, die sich gegen die
Massen und ihre Forderungen stemmen. Ist dem so, dann
gehört schon völlige Taubheit und das dickste Rhinogerö-
schel dazu, um sich gegen die Zeichen der Zeit dermaßen zu
verschließen, wie es im hohen „Kaiserhof“-Saale wieder
einmal der erleuchtete Staatsmann Willow getan hat.

Womit durch ihn selbst bewiesen ist, daß er weder ein
Staatsmann noch auch nur ein Diplomat ist. Er hört nicht
das Brausen in den Lüften, von dem Summen einer Fleis-
not-Fliege ganz zu schweigen. Und während er blind und
taub in die agrarischen Scheunen starrt, wächst der Schatten
riesengroß . . .

Eine Interpellation der Not.

Im Abgeordnetenhaus war am Donnerstag
„große“ Sitzung. Natürlich im Stile des Dreiklassen-
hauses. In dem Wissenstande dieses Geldparlamentes
verträumeln sich auch die pompösesten Aktionen.

Das Zentrum hatte — um seine „Volkstümlichkeit“
aufzufrischen und den Sozialdemokraten einigen Wind aus
den schwellenden Segeln zu nehmen — schleunigst eine Inter-
pellation über das „Rorussia“-Unglück eingebracht.
Um die schöne Harmonie der unter den kirchlichen Roms
vereinten Klassen zu manifestieren, stand der Name des
schlichten Zentrumsmannes aus dem Schacht, des Hbg. Brust,
oben in der Liste der Interpellanten, dieweil in dunter
Reihe Rechtsanwälte, Rentner, Prälaten und Grafen, dar-
unter der jüngere Kallestem, folgten.

Die Interpellation kam zur Beratung, nachdem das
fürtreffliche Haus mit der Bigigkeit, die ihm eigen, ein halbes
Duzend diverser Etats abgehaspelt hatte. Herr Brust
begründete die Interpellation. Es versteht sich zwar nicht
vom Bergarbeiter Brust, wohl aber von dem Brust, der die
Sozialdemokraten auf dem Schindanger begraben sehen
möchte, von selbst, daß er der Regierungsdrückbergererei
gegenüber der „Rorussia“-Interpellation Abrecht im Reichs-
tag seinen ultimontanen Beifall zollt.

Für die Zähigkeit seiner Rede ertete Brust des San-
delministers Delbrück wohlverdiente Anerkennung. Aber
selbst dieser zahme und zaghafte Vertreter der katholischen
Arbeiter mußte die schwersten Anklagen gegen die Verwal-
tung der Zechen „Rorussia“ und fast noch schwerere gegen die
Aufsichtsbehörde erheben. Minister Delbrück suchte sich
aus der Affäre zu ziehen, indem er auf das Ergebnis der
Verhandlung vertröstete.

Gegen den Zentrumsantrag auf Besprechung der Inter-
pellation wagte selbst die Rechte nicht zu stimmen. Uebrigens
war die Besprechung matt und dreiklassenhausmäßig. Der
nationalliberale Grubenmagnat Silba sprach weit
weniger über das Grubenunglück, als gegen die von den
Zentrumsabgeordneten Trimbora und Brust nicht allzu nach-
drücklich geforderte Teilnahme der Arbeiter an der Gruben-
kontrolle. Der Nationalliberale Franken verzapfte
nichtsagende Phrasen, sein Fraktionsgenosse v. Gynern
will, daß die Regierung das Zerschüttern der Grubenbarone
als ihre heiligste Pflicht betrachtet.

Der konservativen Kessel, bisher in den weitesten
Greifen unbekannt, spendete eine fünfminütende voll-
platter Selbstverständlichkeiten als einzigen Beitrag der
Rechten zu der Erörterung. Nur der Volksparteiler Gold-
schmidt und der Bole Korjantj fanden etwas schärfere
Töne.

Dann schloß die Sitzung, deren ersten Teil die Genossen
Reichstagsabgeordneten Que, Sachse und Stolle als Zuhörer
beimohnten.

Die nächste Sitzung (Fortsetzung der Staatsdebatten)
findet erst am Dienstag statt.

Eine 36jährige Obstruktion.

Aus Mecklenburg wird der Magdeburger „Volkstimme“
geschrieben:

Wir zählen bekanntlich zwei Mecklenburg zum Deutschen
Reich: Schwedisch und Strelitz. Beides sind Großherzog-
tümer. Letzteres besteht aus zwei Teilen: dem Kreis Stargard
und dem Fürstentum Rügen. In diesem kommt nun
seit 36 Jahren geübte parlamentarische Ob-
struktion zum Vorschein.

Im Gegensatz zu den beiden mecklenburgischen Großherzog-
tümern — Mecklenburg-Schwerin und Kreis Stargard (Strelitz)
— hat das 36-jährige Mecklenburgische Fürstentum Rügen
keinen gewählten Landtag. Derselbe ist aber noch nie

beschlußfähig gewesen. Ausschließlich betriebe zwar der Strelitzer Groß-
herzog die Rügenburger Landtagsabgeordneten, doch blieb die Mehr-
heit dem Parlament stets fern, so daß der Landtag nach seiner
Eröffnung auch immer gleich wieder geschlossen wurde.

Die Obstruktion hatte den Zweck, eine Nachverbreiterung des
Parlamentes herbeizuführen. Die rügenburgische Verfassung wurde
im Jahre 1869 von dem damaligen strelitzer Großherzog gegeben,
und zwar, wie der obotritische offiziöse Geschichtsschreiber bekennt,
„auf Veranlassung des Bundesrats“ (des Norddeutschen Bundes),
der mit Petitionen aus dem Rügenburger Fürstentum bombardiert
worden war.

Der aus 21 Personen bestehenden Landesvertretung gehören
an die Besitzer von drei Gütern, drei von der Synode des Fürsten-
tums aus ihrer Mitte gewählte Pastoren, drei aus dem Magistrat
und den angeesehenen Bürgern gewählte Vertreter der Stadt Schön-
berg, neun von den Bauernschaften der fünf Vogteien und drei von
Domanielpächtern aus ihrer Mitte gewählte Abgeordnete. Der
Vorsitzende der Landvogtei ist auch der Vorsitzende des Landtags
für die Abänderung der bestehenden Verfassung und Aufhebung
neuer Steuern ist die Zustimmung der Rügenburger „Volk-
svertreter“ notwendig, wenn die Steuerfrage nicht durch Reichsgesetz
oder durch ein für das ganze Großherzogtum auf dem vereinigten
Landtag für Mecklenburg-Schwerin und Strelitz (Kreis Stargard)
erlassenes Gesetz erledigt ist. Von der Mitwirkung beim Erlaß
solcher für das ganze strelitzer Großherzogtum bestimmten
Gesetze ist die Rügenburger Landesvertretung ausgeschlossen. Nur
soll „tunlichst“ deren „ratsames Erachten“ bei solchen Anlässen ein-
geholt werden. Eigentliches Gesetzgebungsrecht steht den rügen-
burger Landtagsabgeordneten aber auch nicht einmal für ihr
Fürstentum zu, denn sie haben kein Beschließungsrecht, vielmehr
hat der strelitzer Großherzog nur nötig, ihr Gutachten über die
von ihm vorbereiteten Gesetze zu hören!

Bislang haben nun die Bauernschaften nur solche Abgeord-
nete gewählt, die sich vorher verpflichtet hatten, den Landtag nicht
zu besuchen. Durch diese Obstruktion sollte der Großherzog ge-
zwungen werden, den rügenburger Landtagsabgeordneten das Be-
schließungsrecht einzuräumen. Das Ziel dem strelitzer Herrscher
aber nicht ein, und so regierte er denn absolut in seinem
Fürstentum, wo er sich wenigstens das „Gutachten“ der Abgeord-
neten hätte gefallen lassen müssen.

Nun ist ein Umsturz eingetreten bei den Wäh-
lern (den Gutspächtern usw.) der Bauernschaften. Der liberale
Advokat Kändler-Schönberg, der Träger des Obstruktionss-
gedankens, „ist seit ein paar Jahren tot, und hierzu kam der Re-
gierungswechsel in Strelitz“. Als der jetzige Großherzog vor 1 1/2
Jahren den „Thron seiner Väter bestieg“, empfing er eine Depu-
tation der Bauernschafts-Abgeordneten und erklärte dieser, daß er
so ohne weiteres dem rügenburger Landtag die beschließende
Stimme nicht einräumen könnte; die Herren sollten erst einmal
dafür sorgen, daß der rügenburger Landtag überhaupt einmal voll-
ständig zusammen käme.

Seitdem war keinhalten mehr. Die Bauern schneuten ihren
Horn zum Schornstein hinaus, und als Ende des vorigen Jahres
wieder die Abgeordneten zum rügenburger Landtag gewählt wurden,
da wurden nur solche Kandidaten aufgestellt, die sich verpflichteten,
den Landtag zu besuchen.

Am 21. Februar tritt nun der rügenburgische Landtag zusam-
men. Es ist begreiflich, daß man in Mecklenburg gespannt der
Dinge harri, die da kommen werden. Die Arbeitererschaft
ist freilich nicht im Zweifel darüber, daß der rügenburger Landtag,
in den sie Vertreter ja nicht entsenden kann, im besten Falle —
Interessenpolitik treiben wird. Darum hält sie auch zu der So-
zialdemokratie, die einen auf Grund des allgemeinen, gleichen
geheimen und direkten Wahlrechts gewählten Landtag für ganz
Mecklenburg verlangt.

Das neue italienische Ministerium.

Die italienische Ministerkrise ist vorüber. Ein Ministe-
rium Sonnino-Sacchi-Gallo ist zustande ge-
kommen. Außer Sacchi, der das Justizministerium über-
nimmt, ist noch ein radikaler, nämlich Pantano, in das
Ministerium eingetreten. Der letztere übernimmt Handel
und Landwirtschaft; Sonnino selbst Präsidentschaft und
Inneres. Nur bezüglich der Besetzung des Finanzministe-
riums werden noch Unterhandlungen gepflogen.

Auch dieses Ministerium bildet wie sein Vorgänger
keineswegs eine Einheit, sondern neben den zwei genannten
Mitgliedern der Linken ist auch die Rechte durch einige Mit-
glieder vertreten. Sonnino war Finanzminister im zweiten
Ministerium Crispi 1893—1896. Er gilt als der haupt-
sächlichste Vertreter der liberalen-konservativen Partei.
Während der Zeit der Repressionen, welche der Revolution
von Mailand folgte, galt Sonnino als der Inspirator des
Ministeriums Pelloni. Im ganzen war sein Ruf der eines
Reaktionärs. Seitdem hat jedoch Sonnino nie mehr aufge-
hört, zu erklären, daß er ein überzeugter Anhänger einer
liberalen Politik geworden sei, und im allgemeinen glaubt
man an die Aufrichtigkeit seiner Botschaften. Wie es
heißt, soll er den Kopf voll großer Reformpläne haben.

Nun, es wird sich ja zeigen, inwiefern es Sonnino
gelingt, davon wird dann das Verhalten der Linken,
insbesondere der Sozialdemokraten, abhängen.

Schweiz.

Die Affäre Stephaan zieht immer weitere Kreise. Nachdem
man den Verfasser selbst verhaftet, hat nun auch die Direktion der
Schweizer Bundesbahnen den Verkauf seiner Broschüre auf
den Bahnhöfen verboten. Als Grund hierfür wird angegeben der
„schlechte Ruf der Broschüre“ — „unköniglich“ mag er allerdings sein
für die schweizerische Regierung und für das schweizerische Beamtenamt,
und darum mag der Verkauf unterjagt werden.

Aus der Partibewegung.

Partipresse. An Stelle des Genossen Bied, der in den „So-
zialen“ geht, tritt als leitender Redakteur der frühere Redakteur
an „Sozialen“, Reichstagsabgeordneter Gröbner, in die Re-
daktion der „Schweizer Arbeiterzeitung“ in Dresden ein.

Das Fehlen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeord-
neten bei der Interpellation über die „Rorussia“-Affäre, daß die uner-
wünschte Folge hatte, daß die Interpellation nicht besprochen
werden konnte, gibt dem halleischen „Volkblatt“ Anlaß zu folgenden Be-
merkungen: „Als Genosse Singer den Antrag auf Besprechung
stellte, erhoben sich zwar außer den Sozialdemokraten auch die Frei-
sinnigen, das Zentrum und die Antisemiten; alle zusammen zählten
aber noch keine 60 Mann, so daß die Besprechung unterbleiben
musste. Das ist höchst unangenehm und beweist nur aufs neue die
bringende Notwendigkeit der Diäten-Gewährung. Mit den kurz
nach Mittag eintreffenden Bürgen kamen zwar so viele sozialdemo-
kratische Abgeordnete ein, daß sie allein die nötigen 60 Stimmen
hätten aufbringen können, dann war es aber zu spät. In anderen
bringenden Fällen werden die Fraktionsmitglieder telegraphisch auf-
gefordert zu erscheinen. Das ist diesmal leider unterblieben, weil
der Fraktionsvorsitzende der Unterstützung bürgerlicher Parteien sicher
war und nicht annahm, daß die Präsenz eine so außerordentlich
geringe sein würde. Von unsern Parteigenossen, die im Reichstag
sitzten, hat jeder außerhalb desselben so viele berufliche Arbeiten
zu verrichten, daß niemand allen Sitzungen von Anfang an bei-
wohnen kann. Trotzdem wäre das verdrüßliche Vorwissen
gestern recht wohl zu vermeiden gewesen, und es werden Vor-
kehrungen zu treffen sein, die eine Wiederholung sol-
cher ärgerlichen Zwischenfälle unmöglich machen.“
Das letztere möchten auch wir dringend wünschen.

Noch immer Nachklänge vom roten Sonntag. Auch gegen
den Genossen Koch an 8. Li in Halle, der als Vorsitzender der Agitations-
kommission das Wahlrechts-Flugblatt zum 21. Januar verantwortlich
gezichnet hat, ist jetzt auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Torgau
ein Aufreißungsverfahren anhängig gemacht worden. Der Genosse
wurde vor den halleischen Untersuchungsrichter geladen, wo ihm er-
öffnet wurde, daß er verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander
angehetzt habe. Kochanki sieht der Sache mit mehr Parteilichkeit als Sorge
entgegen zumal die Torgauer Justiz in der Sache etwas verpatet an-
gesehen zu sein scheint, und man anderwärts solche Verfahren bereit-
gestellt hat. Im übrigen sei mitgeteilt, daß seit der Wahlrechts-
bewegung der Abonnentenstand des „Volkblatt“ und die Mitglieder-
zahl des sozialdemokratischen Vereins bedeutend zugenommen hat.
Wir quittieren dankend — Das Landgericht Torgau hat gegen
die Verbreiter der sozialdemokratischen Flugblätter Strafverfolgung
wegen Aufreizung zum Klassenhaß eingestellt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Lohnkampf der Droschkentischer in Berlin bevor.
Die Kutscher wollen ihre Forderungen durch Verhandlungen auf den
einzelnen Fuhrhöfen durchsetzen, die Droschkenbesitzer haben sich aber
verpflichtet, nur die Löhne des vorjährigen Tarifs zu zahlen. Jeder
partielle Streik soll durch die Ausperrung sämtlicher Kutscher
beantwortet werden.

Die Tischlergesellen in Silber kündigten den Lohnstarif und
fordern eine 15- bis 22prozentige Lohnerhöhung. Da die Arbeitgeber
ablehnen, ist der Ausstand sehr wahrscheinlich. Auch die Maler
treten in eine Lohnbewegung ein.

Der Streik der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen
gewinnt immer noch an Ausdehnung. Im Rhein-Main-Gau streiken
1500, und zwar vom Schneiderverband 1300 und von der christlichen
Gewerkschaft 200 Arbeiter. Ferner streiken im Taunus 160, in Rhein-
hessen 300, in Frankfurt und Umgegend 420, in Worms 160, in
Speier 200, in der Pfalz 50 Arbeiter. Die Unternehmer sind zu
keinerlei Konzessionen bereit.

-n- Die Metallarbeiter in Saalfeld a. S. beschließen in
einer von über 700 Mitgliedern besuchten Versammlung dem Fabrikanten-
verein folgende Forderungen zur Bewilligung vorzulegen: Erhöhung
des gegenwärtigen Lohnes für alle Metallarbeiter um 5 Pfennig pro
Stunde, Einschränkung und Besserbezahlung der Ueberstunden, Fest-
setzung einer täglichen Normalarbeitszeit von 10 Stunden und Be-
seitigung in verschiedenen Betrieben vorhandener Mißstände. Da der
Fabrikantenverein diese Forderungen voraussichtlich ablehnen oder über-
haupt nicht beantworten wird, stellt in Saalfeld ein Konflikt in Aussicht.
Der circa 1500 Metallarbeiter in seinem Bereich ziehen dürfte.

Textilarbeiter-Ausperrung in Sicht. Die Baumwollindus-
triellen in Wülhausen i. E. beschließen einstimmig, ihren sämtlichen
Arbeitem zu kündigen, falls die Arbeiter der Firma Frei-
n. Co. die eingereichte Kündigung aufrechterhalten und am 21. d. M.
zur Erzwingung der zehnstündigen Arbeitszeit die Arbeit niederlegen.

Das Realisationsrecht der Eisenbahnarbeiter. Am 11. und
12. d. M. sollte in Hannover eine Versammlung von Vertretern der
preussisch-hessischen Verbände der Weichensteller, Bahn- und Weichen-
arbeiter stattfinden. Die Veranstaltung wurde abgelehnt, da deren Besuch
von allen Eisenbahndirektionen verboten wurde.

Grubenarbeiter-Ausstand. In der Rupener Grube der
Urifany-Bittaler Kohlenbergwerks-Gesellschaft ist ein Ausstand aus-
gebrochen, der im Wachsen begriffen ist, und dem bis jetzt etwa
1500 Bergleute beigetreten sind.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 9. Februar 1906.

Aus dem Stadtverordneten-Sitzungsaal.

Bis auf den letzten Platz gefüllte Tribünen verrieten
gestern, daß die Bewohner Magdeburgs der Sitzung der
Stadtverordneten lebhaftes Interesse entgegenbrachten. Die
meisten Tribünenbesucher mochte wohl die Polizeianfrage
hügelockt haben, die Milchhändler allerdings interessierten
sich mehr für die Magistratsvorlage wegen der Milchsterili-
sierungsanstalt. Die Sitzung begann mit der Entgegennahme
einer Anzahl Berichte über Rechnungsabschlüsse und Mit-
teilungen gemeinnütziger Vereine, an die sich keine Diskussion
knüpfte. Auch die ersten Vorlagen wurden schnell erledigt,
erst der Etat des Gas- und Wasserwerks entseffelte die
Schleusen der Berebtheit bei den Stadtvätern, weil die
Sozialdemokraten hierbei der Osenarbeiter im Gaswerk und
der Laternenanzünder gedachten, und Anträge auf Aus-
besserung der Bezüge dieser Arbeiterkategorien ein-
brachten. Natürlich — da es sich nicht um Ober-
bürgermeister oder Reitervereine oder Potentaten han-
delte — ohne Erfolg. Die sozialdemokratischen Anträge
wurden abgelehnt. Ein paar Stadtverordnete hatten
zwar den Laternenanzünder ihr „Wohlwollen“ ausgedrückt,
aber bei der Abstimmung unterstützten sie die Antragsteller
nicht und Herr Müller meinte gar, die Laternenanzünder
seien „freie Männer“, keine „Skaven“. Der Herr hält also
darauf die etatsmäßig angestellten städtischen Arbeiter für —
Skaven, eine Auffassung, die nur bei Herrn Brüggemann
verständnisvollen Beifall fand.

Den Bericht des Wasserwerks wollte Herr Görne-
mann zur Entsefflung einer kleinen Wasserdebatte benutzen,
indem er aus einem ihm zugegangenen Bericht allerhand über-
dunstende Tatsachen über die Verunreinigung der Elbe vor-
brachte. Da der Ansjahß die Berichte noch nicht durch-
beraten hat, ließ man Herrn Görnemann sein Stückenpferd

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 34.

Magdeburg, Sonntag den 10. Februar 1906.

17. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung.

Berlin, 8. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski.

Eingelaufen ist eine neue Interpellation Singer (Soz.) und Genossen über den Grubenbrand auf Seege „Vorussia“.

Die Debatte zum

Etat des Reichsanns des Innern

wird fortgesetzt.
Abg. Lehmann (nall.): Daß der Abg. Hue insbesondere mit seinen Angaben über die Länge der Arbeitszeit übertrieben hat, kann auch derjenige sagen, der wenig von den Verhältnissen weiß. Aber bei seinen Erzählungen über die scharfsten Aborte hört wirklich die Gemütsheiligkeit auf. (Heiterkeit b. d. Soz.) Der Redner verbreitet sich dann über die Streiks in der jüdisch-thüringischen Textilindustrie, die er auf politische Verbeugung zurückführt. Er führt dann einige Fälle an, in denen ausreichende Löhne gezahlt worden sind. Die Lohngrenze zu bestimmen, muß unter allen Umständen Sache des Unternehmers sein. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Sozialdemokratie streift nach Reichstagen für den Zehnjahrestag, obwohl er sich schon freiwillig in vielen Industriezweigen durchgesetzt hat. Der Terrorismus der Sozialdemokratie bei Streiks ist so groß, daß die Arbeitswilligen sich nicht trauen, sich die Lieferungen von den Unternehmern abzuholen. (Hört, hört! rechts.) Nur im Interesse ihrer Parteiziele miszitiert die Sozialdemokratie die frivolen Streiks, ob die Arbeiter hungern oder nicht, ist ihr ganz gleich. (Unruhe b. d. Soz.) Ihre Pressefreiheit ist Pressefreiheit. Aber die Arbeiter werden hoffentlich bald einsehen, daß sie von der Sozialdemokratie nichts zu erwarten haben. Inzwischen sollten die Unternehmer überall an ihrer Taktik festhalten: Freiwilliges Entgegenkommen bis zum äußersten (Lachen b. d. Soz.), kommt es aber zum Kampf, Aushalten bis zum Ende — dann hätte die Sozialdemokratie bald ausgepielt. (Große Heiterkeit b. d. Soz., Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Schack (Wirtsch. Vg.): Die Tarifverträge begreifen wir als Gegenbeweis gegen die sozialdemokratische Lehre vom unbedingten Interessengegensatz. Die Forderung nach Anerkennung der Berufsvereine und nach Arbeitsstammern geht von den christlichen Arbeitern aus, deren Bewegung ständig wächst und die Sozialdemokratie bereits mit schwerer Sorge erfüllt. (Lachen b. d. Soz.) Auch für die kaufmännischen Angestellten kommen hoffentlich nach sieben mageren Jahren jetzt die sieben fetten. (Heiterkeit b. d. Natl.) Die strenge Durchführung der Sonntagsruhe und die Aufstellung von Handelsinspektoren sind ihre nächsten Forderungen. Daß die Handelsstammern dagegen sind, beweist gar nichts; denn alle Fortschritte im Handelsgewerbe sind gegen den Widerstand der Feindschaften durchgesetzt worden. Dringend empfehlen möchte ich die Wünsche der Buchbindergewerkschaft in der Frage der Lehrlingsausbildung, schon deshalb, weil sie von der offiziellen deutschen Sozialdemokratie als zünftlerisch bezeichnet werden. Wenn man neben der immer radikaleren Sozialdemokratie so frühe Ansätze in der heftigsten deutschen Gewerkschaft sieht, dann kommt man doch zu der Überzeugung: Wir stehen an einer Jahreswende, und es muß bald Frühling werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Pauli-Potsdam (kons.) wendet sich gegen die Ueberschätzung des Genossenschaftswesens für die Handwerker und empfiehlt vielmehr den kleinen Befähigungsnachweis. An dem Aufschwung der deutschen Industrie hätten nicht sowohl die Arbeiter als vielmehr die Unternehmer und die Schaffung einer großen Armee und Flotte bedeutenden Anteil. Wenn die Zustände in den Hüttenwerken so schwarz seien, wie der Abg. Hue behauptete, so könnten ja Hüttenarbeiter dem Arbeitsmangel in der Landwirtschaft abhelfen. Zu Ausperrungen und schwarzen Listen sind die Unternehmer genau so berechtigt, wie die Arbeiter zu den Kampfsmitteln ihrer Organisationen. (Bravo! rechts.)

Abg. Eichhoff (Freis. Vp.): Ich halte es für meine Ehrenpflicht, die schweren persönlichen Angriffe der Sozialdemokraten auf meinen Freund Mugdan zurückzuweisen. Die Religion sollten doch auch bei ihm die Sozialdemokraten Privatsache sein lassen. (Lachen b. d. Soz.) Graf Posadowski hat der Sozialdemokratie zugerufen: Strengste Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit ist auch in der Politik die beste Taktik. (Lebhafte Jureur b. d. Soz.: Sagen Sie doch das Herrn Mugdan! Vizepräsident Graf Stolberg bittet um Ruhe.) Einwas bessere Manieren könnten Sie (zu den Soz.) sich auch angewöhnen. Es ist auch unwahr, daß mein Freund Mugdan den Jazismus und die Jazensnechte auch nur mit einem Wort verteidigt hat. (Ohl! b. d. Soz.) Ihr Töten wird uns nicht abhalten, weiterhin die Wacht am Roten Meere zu halten. (Lachen b. d. Soz.) Dieser Vetter der Grafen Posadowski, doch auf die Mugdanschen Vorwürfe zur Krankenassenreform zu antworten und schließt mit der Aufforderung, im Interesse der Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern diesen das volle Koalitionsrecht und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zuzugehen. (Bravo! b. d. Freis.)

Abg. v. Gerlach (Freis. Vg.): Viel schlimmer als in den Krankentassen ist das Vetterweien z. B. in dem höheren Verwaltungskörper des preussischen Staates. (Sehr wahr! links.) Ich fürchte, daß das Jahr 1906 für die Sozialpolitik besonders unfruchtbar sein wird. Wie notwendig ihre Fortführung wäre, hat aber die erschütternde Schilderung des Abg. Hue bewiesen. Das Gesetz über die Anerkennung der Koalitionsvereine darf unter keinen Umständen eine Einschränkung des Koalitionsrechts bringen. Besonders dringlich ist die Ausdehnung der obligatorischen Krankenversicherung auf die Landarbeiter und Dienstboten. Werden doch z. B. auf dem Gute Soppershausen in Döbrißchen Tagelöhne von 30 bis 60 Pf. verdient. Und da läßt der Reichskanzler sich noch antelegraphieren: Ostpreußen in Preußen voran! (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Sasse (Soz.): Die heutige Verhandlung des preussischen Abgeordnetenhauses hat bewiesen, daß über die „Vorussia“-Angelegenheit die Regierung ganz falsch unterrichtet ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Genosse Bömelburg wird die Tatsachen hier noch richtigstellen. Bei den Klagen über sozialdemokratischen Terrorismus handelt es sich um Uebertreibungen der uns feindlichen Presse oder um ganz freie Erfindungen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wirklichen Terrorismus in großem Umfange verüben aber die Christlichen gegen uns. Im Wahlkreis des Dr. Spahn hat man unsern Vertrauensmann nicht nur arbeitslos, sondern auch wohnungslos gemacht, ihm Fenster und Türen eingeworfen, bloß um den Wirt zu zwingen, daß er ihn herauswerfe. Wie wenig brüderlich die Christlichen untereinander sind, beweisen z. B. die Angriffe des „Bergknappen“ auf die katholischen Fachvereine. Ihnen wird nachgesagt, daß sie die Mitgliederzahlen fälschen, Unterstellungen verprügeln, die sie nicht zahlen können, heucheln und verleumdern. Ein Kirchenstück, der Kardinal Fischer, wird als Gefinnungslump, Arbeiterverräter und konfessioneller Hezer bezeichnet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und die Geistlichen selbst maßregeln ihre Arbeiter, wenn sie sich christlich organisieren, wie

das in der Apostolischen Verlagsanstalt und in der diözesanlichen Brauerei Regensburg erst jüngst wieder vorgekommen ist. Die frommen christlichen Steinbruchbesitzer im Nachener Bezirk haben den Arbeitern auf ihre Forderungen gar keine Antwort gegeben, wohl aber ihre Wortsprüche entlassen und die Gruben mit Militär besetzt, noch ehe es zum Streit kam, nur um die Arbeiter einzuschüchtern. (Wiesbaden, hört! b. d. Soz.) In Vorhingen sind jetzt 39 Jahre nach dem Knappschaffstättengesez, noch keine Knappschaffstätteneingetretet. Auf der Grube „Fortuna“, die der Familie Trimborn gehören soll, bilden gesetzwidrig Weante die Arbeiterauschüsse. Von frommen Katholiken wurden auf einer Grube sogar 50 Gefangene beschlagnahmt (Hört, hört! b. d. Soz.), um die Löhne zu drücken. Auch die katholischen Handwerkermeister behandeln ihre Gesellen sehr „christlich“. Sie haben nichts gegen die Organisationen der Arbeiter — bei den andern. Sie denken: Heiliger Sebastian, verschon' mein Haus, zünd' andre an! (Jureur im Zentrum: Das ist ja der heilige Florian, nicht der Sebastian. Große Heiterkeit.) Man wirft uns unsern „Revolutionarismus“ vor. Aber in Frankreich bauen ja jetzt die frommen Merikalen Paratiden in den Kirchen. Sorgen Sie für eine Evolution, dann wird die Revolution nicht eintreten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Bei dem Vergarbeiterstreik hat ja aber der Minister Wölter erklärt, er habe die Katastrophe vorausgesehen, und hat doch nichts dagegen getan. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber durch das Cio-papeia vom Himmel lassen sich heute auch die christlichen Arbeiter nicht mehr enttullen, auch die christlichen Gewerkschaften werden jetzt den Unternehmern schon sehr unangenehm. Und in der Politik verlangen sie energische Fortführung der Arbeiterfürsorge oder — Verzicht der Wismarschpartei auf die Arbeitermassen. (Wiesbaden, hört! b. d. Soz.) Da kann ich dem Staate nur raten, beiseiten den Herrenhausstandpunkt aufzugeben und auch auf politischem Gebiet nicht länger durch Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts die Arbeiter in den Massenstreik hineinzutreiben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die christlichen Gewerkschaften aber fordere ich auf, mehr mit uns Hand in Hand zu gehen, und jede ihrer Entwicklung ruhig zu sein; denn es geht mit ihnen im sozialdemokratischen Sinne vorwärts, nicht rückwärts. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Wenn sich erst die Wirrungen des neuen Zolltarifs und des neuen Vergesezes zeigen, wenn wir jetzt die schlechtesten bezahlten Heimarbeiter über die Fürsorge des „christlichen Staates“ für sie aufklären, dann wird das Zentrum noch sein blaues Wunder erleben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Graf Posadowski sagte, er liebe die Politik der Kadelstriege nicht. Aber wie skandalisiert man uns mit Versammlungsaufstellungen, im schwarzen Winterlande besonders, wie drangsalisiert man unsere Flugblattverteiler, mißhandelt sie sogar, und bedroht die Wirte mit Konfessionsentziehung, wenn sie uns ihr Vokal zur Verfügung stellen! In Recklinghausen erzwingen sich die Polizisten überall von den Wirten Freiheiten. (Hört, hört! b. d. Soz.) In Obereschleien werden unsere Versammlungen sofort aufgelöst, wenn nur jemand vom Stuhl aufsteht (Heiterkeit), in Niederschleien sogar, wenn sie zu gut besucht sind. (Erneute Heiterkeit.) Jeder ausländische Arbeiter, der sich unserer Gewerkschaft anschließt, wird ausgewiesen, aber die ausländischen Streikbrecher läßt man herein, auch wenn sie schlimme Krankheiten ins Land bringen — es sind eben keine Ochsen und Schweine. (Heiterkeit links.) Auf ihren schwarzen Listen verzeichnen jetzt die Kühnemänner nicht nur die streitenden Arbeiter, sondern auch alle, die Lohnforderungen stellen oder ihrem letzten Unternehmer noch etwas schuldig sind. Das Vergesez bezeichnen jetzt auch die christlichen Vergarbeiter als Verrat. Von den Arbeiterauschüssen haben wir nicht viel erwartet, weil ihnen nicht die nötigen Rechtsgarantien gegeben sind. Vor allen Dingen hätte man ihnen das Recht geben müssen, auch beim Gedingwesen ein Wort mitzusprechen. Selbstverständlich verlangen wir die geheime Wahl bei den Arbeiterauschüssen. Prinz Ludwig von Bayern hat ja selbst erklärt, es gäbe gewissenlose Leute, die die Arbeiter zwingen, anders zu wählen, als sie wünschen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Diesen Anspruch mögen sich die Grubenbarone hinter die Thron schreiben. Wenn es dem Zentrum Ernst gewesen wäre, ein Reichsgesez zu schaffen, dann hätte es im Abgeordnetenhause gegen die Vergeseznovelle stimmen müssen. Dadurch wäre die Regierung gezwungen worden, die Vorlage vor den Reichstag zu bringen, wenn sie nicht worbrüchig werden wollte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Den Staatssekretär fordere ich auf, wenigstens für wirklich unabhängige Arbeiterauschüsse zu sorgen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Bargmann (Freis. Vp.) tritt für internationale Regelung des Rogelshubes ein.

Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Novelle zu den Geiselsbestimmungen über die freiwillige Gerichtsbarkeit, Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schlus; 6 Uhr. —

Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, 8. Februar 1906

Stadt-Vorst. Freize eröffnet um 4 1/2 Uhr die Sitzung, die zunächst eine Anzahl Rechnungsverfügungen für 1904, u. a. der Armenkasse, der Sparkasse, der Handelsankalten, des städtischen Orchesters, der Friedhöfe, des Gas- und Wasserwerks usw. zur Kenntnis nimmt. Dann werden verschiedene Mitteilungen debattelos entgegengenommen. Einer geringen Ausgaben-Ueberschreitung wird zugestimmt. Eine Beihilfe von 300 Mark wird dem hiesigen Verein für das Fortbildungsschulwesen zur Bestreitung der Kosten für die am 21. und 22. April 1906 in Magdeburg abzuhaltende Generalversammlung des Unterverbandes des Deutschen Vereins für das Fortbildungsschulwesen in der Provinz Sachsen gewährt. Dem generellen Entwurf für den Erweiterungsbau der Kunstgewerbes- und Handwerkererschule wird zugestimmt und ein Voranschlag von 30 000 Mark dazu bewilligt. Dabei wird auch ein Ermögungsantrag zugestimmt, die Ausstellungshalle zu vergrößern. Der Verlängerung des mit dem Badeanstaltsbesitzer Emil Nordt über die Fährre am Friedrich-Wilhelms-Garten abgeschlossenen Pachtvertrags um 1 Jahr vom 1. April 1906 bis zum 31. März 1907 wird nach kurzer Diskussion die Zustimmung erteilt. Eine Ueberschreitung der zur Beschaffung des Kesselheuerungsmaterials zur Verfügung gestellten 37 000 Mark um 4 000 Mark wird genehmigt. Die nächste Vorlage, die den Vertrag über die Elbuferstraße auf dem Kleinen Stadtmarsch südlich des ehemaligen Schlenkengrabens betrifft, wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Haushaltpläne für 1906.

Der Haushaltsplan für das Maschinenwesen findet ohne Debatte die Genehmigung der Versammlung. Bei dem Etat des Gaswerks werden Wünsche über bessere Straßenbeleuchtung geäußert, die dem Magistrat zur Erwägung überwiesen werden.

Stadt-Vorst. Haupt kommt auf die Eingabe der Gasarbeiter zu sprechen, die diese im vorigen Jahre an den Magistrat eingereicht haben. Die Einführung der achtstündigen Wechsellicht habe sich in andern Orten bewährt. Magdeburg solle auch nicht immer

zurückbleiben. Die Lohnforderungen der Gasarbeiter seien sehr mäßige. Herr Direktor Diekmann hat eingewandt, daß die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit hier nicht nötig sei, da die Arbeiter manchmal schon eher fertig seien und dann noch nicht einmal nach Hause gingen. Der Herr Direktor scheint aber die Arbeitsordnung nicht zu kennen. Denn danach haben die Arbeiter bis zur Beendigung ihrer Schicht und dem Eintreffen der Abholung auf ihrer Arbeitsstätte zu bleiben. Es ist wohl nicht zuviel verlangt, wenn ich hiermit beantrage, die Versammlung möge beschließen, daß der Magistrat die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Bürgermeister Fischer bittet, zunächst sich mit den geäußerten Zulagen zufrieden zu geben. Es müsse noch mehr Material herbeigeschafft werden. Der Versammlung werde dann eine Vorlage zugehen.

Stadt-Vorst. Haupt wendet sich dagegen, daß die Versammlung wieder vertrieben werden sollte, während Stadt-Vorst. Stern meint, der Magistrat werde schon rechtzeitig die Vorlagen vorlegen. Der Antrag Haupt wird gegen eine erhebliche Minderheit abgelehnt.

Stadt-Vorst. Haupt: Nach die Laternenwärter haben eine Eingabe gemacht. Sie wünschen die Bewilligung von Urlaub und Alterszulagen. Diese Wünsche sind um so mehr gerechtfertigt, als die Leute das schon früher gehabt haben. Die Laternenwärter erzielen einen Lohn von wöchentlich 14 Mark. So minimal wird kein anderer städtischer Arbeiter bezahlt. Die Arbeitszeit schwankt bei den Leuten. Sie beträgt im Durchschnitt 6 bis 7 Stunden, im Winter erheblich mehr. Die Arbeiter stellen aber nicht einmal Lohnforderungen. Gerade diesen Arbeitern, die auch an Einnahme und Festhalten arbeiten müssen, sollte man den Urlaub nicht vorenthalten. Ich erhebe die Wünsche der Laternenarbeiter auf Sommerurlaub und Alterszulagen zum Antrag.

Stadt-Vorst. Kaiser: Wir können die Laternenwärter nicht als vollbeschäftigte städtische Arbeiter ansehen. Sie arbeiten nur im Nebenberuf und sind im Hauptberuf Schneider, Schuhmacher und dergleichen. Dem Wunsch der Laternenarbeiter auf Ferienurlaub wird näher getreten werden.

Stadt-Vorst. Nachbach ersucht die Versammlung, den Laternenwärtern die Alterszulagen wieder zu gewähren. Eine große Belastung des Etats trete nicht ein.

Direktor Diekmann erklärt, daß bei schlechtem Wetter die Laternen nicht geputzt würden und die Entscheidung, ob schlechtes Wetter sei, läge meistens bei den Arbeitern. Die Arbeitszeit der Laternenwärter betrage in der Tat nach Feststellung der Verwaltung nur durchschnittlich 5 Stunden.

Stadt-Vorst. Veims meint, daß aus den Bemerkungen eines Vorredners hervorgehe, daß die Arbeiter im Hauptberuf Laternenarbeiter seien und nur im Nebenberuf Schneider und dergleichen. Da wäre es doch nicht unbillig, den Leuten ihre Wünsche zu befriedigen.

Stadt-Vorst. Stern wünscht eine Vorlage auch bezüglich der Laternenwärter, da man nicht das Material übersehen könne.

Stadt-Vorst. Haupt wundert sich über das Vertrauen, das Stadt-Vorst. Stern in den Magistrat setzt. Er verliest einige Bestimmungen aus der Arbeitsordnung der Laternenwärter. Herr Direktor Diekmann erklärt, nach den Feststellungen der Verwaltung betrage die Arbeitszeit 5 Stunden. Das mag nach den Alten stimmen; in Wirklichkeit ist das aber nicht der Fall. Ein Jahr hindurch ist den Laternenwärtern schon die Alterszulage bewilligt worden. Das hätte man ihnen nicht wieder entziehen sollen. Es ist bedauerlich, daß wir hier in der Plenarsitzung um so geringe Forderungen debattieren müssen. Die Pflicht der Laternenwärter ist es, sich um alle kleinen Reparaturen zu kümmern. Dadurch dehnt sich die Arbeitszeit erheblich aus.

Stadt-Vorst. Guttsche tritt für die Bewilligung der Forderungen ein.

Stadt-Vorst. Müller: Der Verwaltung liegen immer viele Meldungen zu Laternenwärterposten vor. Das spricht wohl am besten gegen die Anträge Haupt. Wenn nicht soviel Meldungen vorlägen, dann würden wir vielleicht zu dem gezwungen, was hier gefordert wird.

Bürgermeister Fischer erklärt, daß es ihm erwünscht wäre, der Versammlung schriftlich die Gründe auseinanderzusetzen, die den Magistrat zu seiner Stellungnahme veranlassen.

Stadt-Vorst. Stern kann sich nicht entschließen, für die Anträge zu stimmen, da man nicht klar sehen könne in der Frage. Sein Vertrauen zum Magistrat sei unbegrenzt. Er ist befriedigt, daß der Magistrat eine Vorlage machen wolle.

Stadt-Vorst. Fräggemann polemisiert in konfusen Ausführungen gegen den Stadt-Vorst. Haupt. Er würde sich freuen, wenn die Welt ein Elysium wäre. Die Laternenwärter wären keine Sklaven, sondern freie Arbeiter.

Stadt-Vorst. Guttsche verwahrt sich dagegen, daß er die Arbeiter als Sklaven bezeichnet habe. Das wäre ein schlechter Standpunkt einer Kommune, wenn sie sich alle Besserstellungen ihrer Arbeiter abzwängen lassen müsse.

Stadt-Vorst. Haupt: Herrn Sterns unbegrenztes Vertrauen zu dem Magistrat sprengt sich ebenfalls auch auf des letzteren Tätigkeit. Herrn Müllers Ausführungen lassen trübe Aussichten auf die Oberbürgermeisterwahl zu. Wenn sich recht viele melden, sollen wir möglichst wenig Gehalt zahlen. Herrn Brüggemann sei bemerkt, daß wenn wir schon auf Erden ein Paradies hätten, es fraglich wäre, wo es denn stecken würde.

Die Anträge Haupt finden nicht die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung.

Bei dem Haushaltsplan des Wasserwerks bringt Stadt-Vorst. Gärnemann die Verunreinigung des Elbwassers durch Fabrikabwässer von Fabriken in Westerbüßen, Schönebeck und Proßler zur Sprache. Auch durch das Grabwürfen in Elmen würde die Elbe verunreinigt. Das müsse hier einmal angesprochen werden. Er hoffe, daß die Verwaltungsbehörden für die Abstellung dieser zum Gemein schädlichen Mißstände sorgen werden.

Stadt-Vorst. Nachbach ersucht, darauf heute nicht weiter einzugehen, da noch viele Mißstände vorlägen, die aber sogleich erörtert werden könnten, weil die Stadtverordneten nicht orientiert seien.

Stadt-Vorst. Stern hält das Klärungsprojekt für so gut wie geicheitert. Die Erörterung der von Herrn Gärnemann gegebenen Anregungen sei nötig.

Der Etat der Werkstatt der Gas- und Wasserwerke wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Eine Sechsmillionen-Anleihe.

Die Aufnahme einer Anleihe von 6 000 000 Mark zum Erwerb des Magdeburger Elektrizitätswerks, über die wir vor einigen Tagen Näheres mitteilten, wird nach kurzer Debatte beschlossen. Der Berichtsfasser, Stadt-Vorst. Janicke, beantragt dazu, 5 1/2 Mill. Mk. für den Ankauf festzulegen und für jeden Betrag aus der übrigen halben Million die Einwilligung der Stadtverordnetenversammlung einzuholen. Der Antrag wird angenommen.

Der Vertrag mit dem Eisenbahnstiftung wegen der dauernden Uebernahme des Betriebes auf den südlich vom städtischen Hafen bei der Batterie Preußen gelegenen und bis zum Betriebsanfang reichenden Elbufergleisen teils der Stadtgemeinde und die Bewilligung von 37 636 Mk. zur Uebernahme der Gleise, sonstigen Oberbaumaterialien und des dazwischen liegenden Pflasters findet die Zustimmung der Versammlung.

Ueber die Vorlage betr. nachträgliche Bewilligung von weiteren 14 000 Mk. aus Sparkassenüberschüssen zur ersten Einrichtung der Milchsterilisierungsanstalt und Genehmigung der von der Armenverwaltung vorgelegenen Verkaufspreise für die sterilisierte Milch haben wir bereits berichtet. Der Berichtsfasser, Stadt-Vorst. Fischer, verliest zu der Vorlage ein Schreiben, in dem behauptet wird, daß die Milchsterilisierungsanstalt vielen Gewerbetreibenden Schaden zugefügt habe. Dieses Schreiben veranlasse ihn, den Antrag zu stellen, die Vorlage einem größeren Ausschuss zu überweisen.

Stadt. Stern spricht ebenfalls für Ausschußberatung, die demnach beschließen wird. In den Ausschuß wird von unseren Genossen Genosse Haupt gewählt.

Der rote Sonntag und der Magistrat.

Es folgt die Anfrage unserer Genossen an den Magistrat: Ist dem Magistrat bekannt, daß das Polizei-Präsidium am 21. Januar d. J. nach dem Schluß der im Lokal „Luisenpark“ stattgefundenen Volksversammlung umfassende Abwehrmaßnahmen vorgeschrieben hat, durch die die Bevölkerung in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich beeinträchtigt und die Geschäftswelt geschädigt worden ist? Wehnt der Magistrat gegen eine Wiederholung derartigen Maßnahmen Schritte zu tun?

Stadt-Vorst. Frige teilt mit, daß der Magistrat es abgelehnt habe, die Anfrage zu beantworten. Bei einer Anfrage, die zu beantworten der Magistrat ablehne, müsse der Antrag auf Begründung der Anfrage gestellt werden, und die Versammlung habe darüber zu beschließen, ob das Wort zur Begründung erteilt werden solle.

Stadt-Vorst. Van Kau beantragt, das Wort zur Begründung zu erteilen.

Es stimmen jedoch nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten für den Antrag, so daß dieser damit abgelehnt ist und die Anfrage als erledigt erklärt wird.

Stadt-Vorst. Haupt erklärt zur Geschäftsordnung, daß die Ablehnung des Magistrats, die Anfrage zu beantworten, außerhalb des Hauses schon richtig gewürdigt werden würde.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft eine Anfrage des Stadt-Vorst. Heimster:

Ist dem Magistrat bekannt, daß die Verlegung des Ortes, an welchem der Provinziallandtag zusammenzutreten pflegt, von Merseburg nach Halle geplant wird? Was denkt der Magistrat zu tun, um diese Verlegung zu verhindern, beziehungsweise falls eine Verlegung unumgänglich ist, zu bewirken, daß als Ort der Zusammenkunft des Provinziallandtags nicht Halle, sondern Magdeburg gewählt wird?

Stadt-Vorst. Haupt erhebt gegen die Erledigung der Anfrage, die erst nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt wurde, Widerspruch, da die Dringlichkeit derselben nicht begründet sei.

Wehr es zu einer Beschlußfassung kommt, wird die Anfrage von dem Fragesteller für die heutige Sitzung zurückgezogen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 6 1/2 Uhr; es folgt eine geheime Sitzung.

Provinz und Umgegend.

Fernersleben, 9. Februar. (Der Sozialdemokratische Verein) hält am Sonntag den 11. d. M., abends 7 Uhr, bei Hähnen eine Versammlung ab, zu deren Besuch hiermit die Parteigenossen aufgefordert seien.

Gr. Otterleben, 8. Februar. (Versammlung.) Auf die Versammlung der Mauer am Sonntag sei auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht. Genosse Mößinger wird über den Wert der Arbeiterssekretariate für die Arbeiterschaft reden; es ist darum notwendig, daß die Versammlung gut besucht wird.

Klein-Otterleben, 9. Februar. (Zur Beachtung.) Am Sonntag findet die Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. In derselben soll Stellung genommen werden zur Gewerkschaftsreform. Viele andere wichtige Fragen der Agitation, die verhandelt werden sollen, machen es jedem Parteigenossen zur Pflicht, die Versammlung zu besuchen. Auch soll die Auffstellung der Kandidaten erfolgen. Parteigenossen! Agitiert, damit die Versammlung als Eröffnung unres Wahlkampfes gelten kann. Auch Gärten ist der Zutritt gern gestattet.

Salze-Westerhagen, 8. Februar. (Eine öffentliche Wählerversammlung) findet am Sonntag den 11. Februar in Salze bei F. Köbel (Kaffeehändler) statt, in welcher Genosse Weins über die bevorstehenden Gemeinderatswahlen referieren wird. Da die Tagesordnung außerdem noch eine sehr reichhaltige ist (siehe Inserat), so ist notwendig, daß die Wähler bis auf den letzten Mann zu dieser Versammlung erscheinen.

Mischerleben, 9. Februar. (Zur Beachtung.) Unserem hiesigen Lesern konnte die letzte Nummer der „Neuen Welt“ nicht zugeföhrt werden. Auch die heute fällige Nummer kann noch nicht geliefert werden. Unsere Leser werden daher gebeten, sich zu gedulden; die Nummern werden baldigst nachgeliefert.

Althaldensleben, 9. Februar. (Zur Beachtung.) Wir machen unsere hiesigen Leser auf die Notiz über die „Neue Welt“ unter Mischerleben aufmerksam. Das dort Gesagte gilt auch für Althaldensleben.

Burg, 9. Februar. (Die Freisinnigen) sind an der Arbeit. Heberall schiden sie unsern Reichstagsabgeordneten Lehrer D. Werten hin. Heberall verurteilen sie die Heilskirche des Liberalismus. Wie läßt er sich die Gelegenheiten entgegen, zum Schluß auf die „Fribol vom Bau“ gebrauchenen „Arbeitskämpfe“ einzugehen. Nun, es ist eine eigenartige Sache, sich mit freisinnigen „Volksparteiern“ über „Fribol vom Bau“ gebrauchenen Streiks zu unterhalten. Nachdrücklich haben daran, nach Meinung dieser Herren, die bezahlten Agitatoren und Heparpökel, die von Arbeiterskreisen sich machenden Anführer der Sozialdemokratie die Schuld. Keiner weiter. Leben doch diese bösen Geister nur von der Unzufriedenheit der Massen. Und darum ist ihnen auch jede Gelegenheit willkommen, den Massenhaß zu schüren. Wo sollte sich dies besser eignen, als bei Lohnkämpfen? Da wird von diesen Heparpökeln so lange geredet und geschrien, bis die betreffenden Arbeiter wirklich glauben, es gebe ihnen wirklich so schlecht, als es ihnen diese Heber erzählen. Und die Folge dieser Heberet äußert sich dann in „Fribolen und „Kämpfen“ Streiks“. Dann mit einem Male wollen diese Agitatoren „Bremen“, nachdem sie es nicht sonst gebracht haben. Wie es nicht viel besser, die Arbeiter würden die Anführer der Löhne vertrauensvoll den Arbeitern überlassen? In welcher Form mit diesen alle sie angehenden Fragen erörtern? Es ist ein wenig, wenn der Fabrikant sagt: Ich kann euch nicht mehr bezahlen? Und wenn er gar die Löhne steigern will. Was denken: Es ist nur vom Wollen der Arbeiter? O heilige Einfalt! Wäre die raube Wirklichkeit nicht, müßte man diesen freisinnigen Heparpökeln bald glauben. Aber ja? Ist es nicht schon häufig vorgekommen, daß die Arbeiter brutal ausgenutzt wurden? Ausgenutzt selbst diejenigen mit, die noch an eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit glaubten? Das weiß jedenfalls Herr Werten nicht. Sonst könnte er nicht von „Fribol vom Bau“ gebrauchenen Streiks“ erzählen. Aber was tut? Handhabe ist die Sozialdemokratie zu beschimpfen und da ist eben jedes Mittel recht. Na, Herr Werten, wir rechnen einmal ab mit Ihnen. Doch halt! Uns läßt eben ein, zu den Versammlungen, in welchen Sie referieren, und ja nur Ihre Wähler, — aber nur diese, — eingeladen, sonst haben keinen Zutritt. So gering schätz man also die Wertigkeit Ihrer Ideen, daß man glaubt — und mit Recht — die Wähler anderer Parteien kann man doch nicht dafür gewinnen! O, o! Herr Werten!

Burg, 9. Februar. (Hinweis.) Der heutigen Volksversammlung in Hainfeld der Firma Julius Köpke bei, worauf unsere Leser aufmerksam gemacht seien.

Halberstadt, 8. Februar. (Der Koalitionsstreik) rückt rasch vorwärts. Die Volksversammlung, welche gestern in der „Obere“ stattfand, war sehr gut besucht. Genosse Klein hat die Versammlung referiert über die unzureichende Entlohnung der Fabrikarbeiter und über eine harte Kritik an dem Verhalten des Fabrikanten Jant im Bande mit dem Magistrat und Stadtverordneten-Konferenz. Der Vortrag ist mit großem Interesse aufgenommen worden. Der Vortrag ist mit großem Interesse aufgenommen worden. Der Vortrag ist mit großem Interesse aufgenommen worden.

lung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der Ausdehnung der zwölf Arbeiter vom städtischen Arbeiter durch den Herrn Stadtdirektor Jant und unter: Antikontierung der Stadtverwaltung. Die Versammelten erklären dieses Vorgehen als dem § 152 der Reichs-Gewerbeordnung zuwiderlaufend und die Merkmale des § 153 der Reichs-Gewerbeordnung tragend. Aus diesem Grunde verurteilt die Versammlung diese für die deutschen Stadtverordnungen einzig dastehende Maßnahme und bezeichnet sie als das was sie ist, ein Akt der Willkür und des Despotismus. Den Ausgezeichneten drückt die Versammlung ihre volle Sympathie aus. Weiter erkennt die Versammlung an, daß nur die Stadtverordneten Jant und Dr. Crohn die Interessen der Arbeiterschaft in dieser Sache im Stadtparlament vertreten haben. Die Versammelten verpflichten sich daher, dafür Sorge zu tragen, daß die städtischen Arbeiter Halberstadts weiter aufgestellt werden und bei der nächsten Stadtverordnetenwahl noch mehr wirkliche Arbeitervertreter ins Stadtparlament einzuziehen. Von den Eingeladenen war keiner erschienen. Das war vorauszusehen. Der Stadtdirektor, der wohl vor seinen Untergebenen die große Pauke schrie und zwölf Bürger der Stadt arbeitslos machte, kam nicht, um seinen Standpunkt vor den versammelten Bürgern und seinen Vorgesetzten zu vertreten. Der große Organistator und Agitator glänzte durch Abwesenheit. Nicht so! Solche Leute muß es auch geben, die Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen liefern.

g. Halberstadt, 8. Februar. (Der Operateur in der Kaiserne.) Das Kriegsgeschick der 8. Division verhandelt jüngst im Bibliothekzimmer der Kürassierkaserne in Halberstadt gegen den Sergeant Effert von der 3. Eskadron des Kürassier-Regiments Nr. 7 in Halberstadt, der wegen Mißhandlung eines Untergebenen und Mißbrauch des Dienstgewalts angeklagt war. Ein Unteroffizier Elert ist an einem Jagdgeschwür und an einer geschwollenen Wade. Da gab der Sergeant dem Kürassier bei einer ihm passierenden Gelegenheit eine kräftige Ohrfeige, daß das Geschwür aufging. Der Mißhandelte kam ins Lazarett und der Mißhandler, da die Sache sehr bedenklich erschien, in Untersuchungshaft. Das Gericht sah die Tat gnädig an und verurteilte den Sergeant zu 4 Wochen gelindem Arrest. Die Strafe wurde durch die erlittene Haft auch noch als verhängt erklärt.

g. Halle, 8. Februar. (Herkules und Deserteur.) Vor dem Kriegsgericht war der Kanonier Karl Poydowsky vom Feldartillerie-Regiment Nr. 74 angeklagt. Der sonderbare Mensch hatte wegen Fahnenflucht 1 Jahr Gefängnis erhalten, war nach Verhängung dieser Strafe wiederum jahreslanglich geworden und, nachdem er sich eine Zeitlang verborgen gehalten, auf dem halleischen Jahrmarkt in einer Schaubude als Herkules und Ringkämpfer aufgetreten. Ein scharfer Vorgesetzter erkannte Poydowsky und ließ ihn festnehmen. Das Gericht erkannte wegen Fahnenflucht im ersten Stadium und Verhörung auf insgesamt 2 Jahre und 7 Monate Gefängnis.

Neuhaldensleben, 8. Februar. (Den Ausschluß des Stadtverordneten Winter aus der Stadtverordnetenversammlung.) beantragte in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Stadtverordnete Krause. Als Grund führte er an, daß Herr Winter wiederholt über die Verhandlungen der nichtöffentlichen Stadtverordnetenversammlungen kein Schweigen bewahrt habe. Stadtverordnete Winter gab zu, in einem solche Mitteilungen vertraulicher Natur dritten gegenüber gemacht zu haben; weitere Fälle beharrt er jedoch. Stadtverordnete Krause, unterstützt vom Stadtverordneten Kömer, hielt seinen Antrag für den Fall aufrecht, daß die im Wesen von Zeugen gemachten Aussagen des Gerichtspräsidenten Fernus, der wegen Verleumdung von dem Stadtverordneten Winter vor den Schiedsman resp. Richter geladen werden mußte, sich als wahr erweisen sollten. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden und vertrat die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung. Nun beschloßen die Stadtverordneten noch, einen Beitrag zur Errichtung des Wismarturnes auf dem Jadelberge zu bewilligen. Die Höhe der Summe fiel in der nächsten Sitzung festgelegt werden. Die Stadtverordneten waren einstimmig und mit „einmütiger Begeisterung“, wie die bürgerlichen Blätter schreiben, für die Bewilligung. Wenn ein Sozialdemokrat im Stadtparlament säße, wäre die Bewilligung nicht widerspruchlos erfolgt, mit der viele Einwohner der Stadt nicht einverstanden sind.

Stahlfurt, 8. Februar. (Der Streik auf Schippans Fabrik ist beendet.) Die Betriebsleitung hat heute die Streikkommission benachrichtigt, daß sie verhandeln und erhebliche Zugeständnisse machen wolle. Die Kommission ist dem Ruf gefolgt und hat ein durchaus befriedigendes Resultat erzielt. Wenn auch nicht alle Forderungen erfüllt sind, so doch alle diejenigen, die für die Arbeiter am wichtigsten sind. Vor allen Dingen sind die überhöhten Löhne abgemindert, diese schlimmste Behinderung der Arbeiter. In bezug auf die Lohnforderungen ist zwar nicht alles erreicht, aber doch eine zufriedenstellende Verbesserung erzielt, besonders bei denjenigen Arbeiten, die der Aufbesserung am dringendsten bedürftig waren. Die Mißstände werden abgemindert, wie von Anfang an versprochen ist. Maßregelungen wieder nicht statt und die Arbeit wird morgen, Freitag, früh wieder aufgenommen. Durch ihr entschlossenes und entschiedenes Auftreten haben die Arbeiter einen schönen Sieg in sehr kurzer Zeit errungen, dank dem Rückhalt, den sie an ihrer Organisation haben. Mögen die Arbeiter nie vergessen, was sie an ihr haben und auch fernerhin diesen Geist der Solidarität pflegen, der ihnen zum raschen und glänzenden Siege verholfen hat. Durch die Beendigung des Streiks sind auch die Postbeamten der überflüssigen Nähe des Postamtes vor der Fabrik und der noch überflüssigeren der Begleitung des einen Arbeitswilligen entbunden.

Thale, 8. Februar. (Arbeiter-Freunden.) Unregelmäßige Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen zurzeit wieder auf dem Eisenhüttenwerk Thale, Alt-Gel. So zeichnet sich hauptsächlich die Abteilung Emailierwerk durch ihre niedrigen Löhne und lange Arbeitszeit besonders aus. Die Auftragsgeber müssen seit dem Sommer von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr arbeiten, Sonnabends nachts sogar durcharbeiten. Es wird in Arbeit gearbeitet. Die Arbeit des Emailierens wird nach dem Gesetz des Geschäftes bezahlt. Die Auftragsgeber müssen am Tage meist warten, da nicht genug Geschirre da ist. Trotzdem die lange Arbeitszeit! Bei der Akkordarbeit kommt die Beschleunigung in Anwendung. Im Emailierwerk ist die Frauen- und Mädchenarbeit vorherrschend, weil diese billiger ist. Die Frauen und Mädchen bekommen meist vier Siebentel dessen, was die Männer erhalten. Die Männer bekommen nur solche Arbeit, welche Frauen nicht verrichten können. Die Akkordberechnung ist so ungleich und ungerecht, daß die Arbeiter sich wiederholt darüber beschwert haben. Der Obermeister, Herr Bornhäuser, erklärte jedoch, es ginge nicht anders anzurichten. Die Mannschaften an den Feuern arbeiten die Woche neun Schichten, also 90 Stunden, und machen jeden Tag noch eine halbe Schicht beim sogenannten Fliden der Geschirre. Die Lohnzahlungen finden immer erst nach breiterer Schicht am 6 Uhr statt und werden nach der alphabetischen Reihenfolge erledigt. Die letzten Arbeiter sind nach 7 Uhr fertig; dann müssen noch viele einen Weg von 1-2 Stunden zu Fuß zurücklegen nach ihrem Wohnort. Männer und junge Leute werden oft wegen kleiner Verzögerungen entlassen. Wenn Arbeiter, die 40 Jahre alt sind, um Arbeit entlassen werden sie nicht angenommen, dafür aber hat man erst kürzlich eine Anzahl Frauen und Mädchen durch einen Arbeiter (Herr Seiwertsdorfer genannt) von Feuern nach hier holen lassen. Schlimm sind auch die Klagen der Arbeiter, welche im Salzwerk (im Salzkamm und Anschmelzwerk genannt) beschäftigt sind. Während das die allerhöchste Arbeit ist, und fast täglich Unfälle durch Verbrennen oder Querschnitten vorkommen, wird den Arbeitern auch nach die nötige Arbeit vorenthalten, denn sie zu bringend bestimmten. Fast jeden Sonntag ist nämlich das Salzwerk in vollem Betriebe. Die Leistung des Tages, ihr würde dazu ein Recht zu; die weitere Verwalterbehörde habe diese Sonntagarbeit erlaubt. Zum Schutze je nach die familiäre Verhältnisse etwas belohnt, welche in der Arbeiterkategorie herrschen. Hier logieren in einem Zimmer 10-12 Mann. Diese haben zusammen ein Waschbecken. Die meisten können sich daher überhaupt selten waschen. Die Benutzungs wird vielfach alle Vierteljahr einmal gewechselt. Ein Arbeiter, welcher dort 10 Wochen Lohndach hatte, versuchte dem Schreiber dieses, sein Bett habe sich schon beim Einzug in schmutzigen Zustand befunden; trotzdem

habe er innerhalb der 10 Wochen keine reine Bettwäsche bekommen. Bei solchen Verhältnissen ist es auch erklärlich, wenn unsere Genossen, welche dort Hingelassen werden oder Beiträge für die Partei und Gewerkschaft sammeln wollen, mit aller Strenge durch den Verwalter Herrn Neumann fortgewiesen werden. Der Direktion des Eisenhüttenwerks sei der Wunsch unterbreitet, endlich einmal diese Uebel zu beseitigen. Besonders wäre die Pflicht des Herrn Betriebschefs Köhlers, Vorgesetzten vom Verein für Kaiser und Reich und Gemeindevorsteher (von „seinem“ Arbeiter vor 2 Jahren gewählt), der als solcher auch der Gesundheitskommission angehört, hier sofort Hand anzulegen im Interesse der Gesundheit der Arbeiter, statt diese zu veranlassen, dem Verein für Kaiser und Reich beizutreten.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 8. Februar 1906.

Heserei. Der Kleiner Willi Meyer hier, geboren 1883, verurteilt im April 1905 die von einem andern Kleiner gestohlenen Wirtse und ab davon mit. Der Angeklagte erhielt wegen Heserei 3 Tage Gefängnis, die für verhängt erklärt wurden.

Jagdvergehen. Der vorbestrafte Schuhmacher Wilhelm Großhämigen zu Warby, geboren 1874, fand in dem Jagdreviere des Amtsrats von Dieke im Oktober 1905 einen toten Hasen und nahm ihn mit. Am 5. November schloß Großhämigen sich dort einen Hasen und tat ihn in einen Kuchel, den der Arbeiter Friedrich Homann daselbst, geboren 1875, auf dem Heimwege trug. Die Kammer beurteilte Großhämigen wegen Jagdvergehens in zwei Fällen zu 3 Wochen Gefängnis; Homann wegen Begünstigung zu 5 Mark Geldstrafe ev. 1 Tag Gefängnis.

Erhöhte Strafe. Der Handelsmann Karl Grobe aus Galbe a. S., geboren 1868, schrieb von Cracan aus im Dezember 1904 eine Postkarte an den Kaufmann Kühne in Blankenburg und ersuchte darin um zwei Lodenmäntel zur Auswahl. Diese wurden gefandt und von Grobe nicht zurückgeschickt, so daß Kühne um 37,50 Mark geschädigt wurde, da der Angeklagte vermögenslos ist. Ferner erschwandte er sich vom Landwirt Nagel zu Eggersdorf für 6 Mark Gartenkerne und versprach, Spargelpflanzen für ihn zu verkaufen. Auf die Postkarte sollten dann die 6 Mark verrechnet werden. Das Schöffengericht zu Groß-Salze nahm am 19. Dezember 1905 in beiden Fällen Betrag als erwiesen an und erkannte in Anbetracht der Vorstrafen auf 1 Monat Gefängnis. Die Berufungskammer erhöhte die Strafe auf 4 Monate Gefängnis, rechnete darauf aber 2 Monate von der Untersuchungshaft als verhängt an.

Wegen öffentlicher Beleidigung des Nachwächters Hoppe erhielt der Böttcher Christian Ademann zu Oberstedt vom Schöffengericht am 28. Dezember 1905 2 Wochen Gefängnis. Seine Berufung wurde mit der Maßgabe verworfen, daß die Strafe auf 140 Mark ev. 10 Tage Gefängnis ermäßigt wurde.

Gewerbegericht Magdeburg, 1. Kammer.

Sitzung vom 8. Februar 1906.

Vorsitzender: Stadtrat Kaiser; Beisitzer: Zimmermann Hoffmann und Bauarbeiter Peters, Arbeitnehmer; Ofenfabrikant Weiler und Tischlermeister Helmholz, Arbeitergeber.

Der Hereingekommene. Wermeister Tischlerer klagt gegen den Glasermeister Duchrow auf Zahlung von 14 tägiger Lohnentschädigung, obwohl ihm als Werkmeister 6 Wochen Kündigung zustehen. Trotzdem kann das Gewerbegericht dem Antrag des Klägers, der von dem Beklagten von Bonn a. Rh. auf Verweisung nach Magdeburg geholt ist, nicht entsprechen, weil es den Grund zur sofortigen Entlassung als berechtigt ansieht.

Eine merkwürdige Ansicht gibt der Fleischermeister Sander zum besten, der von seinem ehemaligen Gesellen Meuzel verklagt ist auf Zahlung einer Entschädigung von 51,78 Mark wegen kündigungsfreier Entlassung. Beklagter ist der Meinung, daß er der Kläger zwar eingestellt hat, weil aber das Geschäft nicht ihm, sondern seiner Frau gehöre, habe der Kläger keine Rechtsansprüche. Das Gewerbegericht läßt aber die merkwürdigen Argumente des Beklagten nicht gelten, sondern verurteilt die Geschäftsinhaberin zur kostenpflichtigen Zahlung des Betrags.

Der verwunderte Meister. Der Tischlermeister Grothe klagt gegen den Tischlermeister Grothe wegen Zahlung eines Restlohnes von 16 Mark, die dieser dem Kläger am letzten Zahlungstag nicht verabfolgt, vielmehr nur 5 Mark Wichtig auf den 21. Mark betragenden Lohn gezahlt hat. Beklagter erkennt zwar die Forderung an, spricht aber seine wiederholte Verwunderung darüber aus, daß er überhaupt angeklagt werden könne, da doch Kläger nicht bei ihm wegen der Zahlung vorstellig wurde. Trotz der Erklärung des Verwunderten daß er den Betrag zahlen wolle, ist Kläger mit der Anerkennung nicht zufrieden, weshalb ein Anerkennungsurteil erlassen wird.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 7. Februar 1906.

Unzulässige Handlungen. Der Dachdeckermeister Hermann Kramer aus Wernigerode hat in zwei Fällen mit Kinder unter 14 Jahren unzulässige Handlungen vorgenommen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Der vom Staatsanwalt beantragte Haftbefehl wurde abgelehnt.

Diebstahl. Der vielfach vorbestrafte Arbeiter Hermann Schüp aus Quedlinburg hat drei Stücke Treibriemenleder gestohlen. Er wird dafür zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Unterschlagung und Betrug. Der Monteur Max Zeidler hat sich wegen Unterschlagung und der Monteur August Krüger wegen Betrugs und Unterschlagung zu verantworten. Beide Angeklagte sind in Halberstadt wohnhaft. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ist der Angeklagte Zeidler der Unterschlagung in zwei Fällen und des Betrugs in drei Fällen schuldig. Demzufolge lautet das Urteil gegen ihn auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte Krüger wurde freigesprochen.

Brandstiftung. Vorgeführt wurde die Dienstmagd Elisabeth Langewisch aus Egelin, welche am 8. Januar ihrem Dienstherrn das Haus anzündete. Sie bezog die Möbel mit Petroleum und steckte sie dann an. Glücklicherweise ist ihr der verbrecherische Plan nicht ganz gelungen. Wegen vorläufiger Brandstiftung wird die Angeklagte zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Fahrlässige Brandstiftung. Der Kaufmannslehrling August Niebel aus Osterwedder wurde vom dortigen Schöffengericht wegen fahrlässiger Brandstiftung zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte durch Unvorsichtigkeit mit einem Streichholz ein mit Watte decoriertes Schaufenster in Brand gesetzt. Das Feuer ergriff den Laden und für zirka 10.000 Mark Ware wurde ein Raub der Flammen. Dem Angeklagten lag jede böse Absicht fern; ihm wurde von seinem Chef ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die Berufung hatte den Erfolg, daß die Gefängnisstrafe aufgehoben wurde und an deren Stelle auf 50 Mark Geldstrafe erkannt wurde.

Widerrechtliche Unzucht. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wird gegen den Schauspieler Theodor Hinrichs aus Mendelsburg und gegen den Konditorlehrling Paul Held aus Mischerleben verhandelt wegen widerrechtlicher Unzucht. Das öffentlich verkündete Urteil lautet gegen Hinrichs auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte Held wird freigesprochen, da er die zur Strafbare erforderliche Einsicht nicht befehen hat.

Bender Studio und die Polizei. Ein Student der Rechts wissenschaft in Halle trieb sich in einer kühnen Novembernacht in B. auf dem Schlam, der Bordellstraße, umher, um nach den troden Juristen etwas Abwechslung zu finden. Und liegt es fern, dem jungen Manne daraus einen Vorwurf zu machen. Er bemerkte sich einem Polizisten gegenüber aber etwas sehr frech. Nachdem er an die Fenster der Frauenmädchen geklopft und dazu

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 34.

Magdeburg, Sonnabend den 10. Februar 1906.

17. Jahrgang.

Der neueste Konflikt zwischen der Hemscheider Allgemeinen Ortskrankenkasse und der Aufsichtsbehörde.

Die Hemscheider Kasse erfreute sich schon seit Jahren der besonderen Aufmerksamkeit der Behörden und des immerhin bescheidenen Wohlstandes der Mitglieder, die die Kasse durchzuführen halfen, in denen sie aber stets reichlich geblieben war. Vor mehreren Jahren war es ihr sogar gelungen, das System der beamteten Ärzte einzuführen. Dadurch war die Kasse vor den in den letzten Jahren evidenten gewordenen Konflikten zwischen den Ärzten und den Krankenlassen verschont geblieben. Nicht mehr von dem Willen des Ärzteverbandes abhängig konnte die Kasse zur Erhaltung stabiler Verhältnisse schreiten, und so entwickelte sich die Kasse mit der Zeit dahin, daß sie hinsichtlich der Leistungen an die Mitglieder mit der ersten Stelle unter den Krankenkassen Deutschlands einnahm.

Da, plötzlich, vor etwa 1 Monat, brach das System der beamteten Kassenärzte zusammen. Die Leitung des Ärzteverbandes hatte es schließlich verstanden, einige der beamteten Ärzte derart zu bearbeiten, daß sie auf einen Konflikt mit dem Massenvorstand hinarbeiteten. Diese Ministerarbeit hatte Erfolg. Die Aufsichtsbehörde schlug sich sofort auf die Seite der Ärzte und dem von zwei Seiten ausgeübten Druck mußte schließlich die Massenverwaltung nachgeben und auf das System der beamteten Kassenärzte verzichten. Die Folge war die Einführung der freien Arztwahl.

Das war, wie gesagt, vor etwa 1 Monat. Alles schien nun wieder seinen geregelten Gang zu nehmen.

Am 27. März, am Donnerstag, voriger Woche die Verfügung der Aufsichtsbehörde, vertreten durch den Oberbürgermeister Kollau, wodurch der Vorstand der Kasse seines Amtes enthoben wurde. Die erste Amtshandlung des Oberbürgermeisters als Leiter der Massenverwaltung war die Entlassung des sozialdemokratischen Stadlverordneten Wilhelm Koch aus seiner Stellung als Bureaugehilfe der Kasse. Die Verfügung des Oberbürgermeisters betr. die Amtsenthebung des Vorstandes stützt sich auf angebliche gegenwärtige Geschäftsführung der Kasse und hat nach der Überlieferung der „Freien Presse“ folgenden Wortlaut:

Aus Anlaß des Ausscheidens der bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse bis zum 30. September vorigen Jahres seit angestellten Kassenärzten sind folgende, eine gegenwärtige Geschäftsführung und große Unzuverlässigkeit der die Verwaltung der Kasse leitenden Mehrheit des Vorstandes erweisende Tatsachen ermittelt worden:

1. Um das die Ärzte in vollkommener Abhängigkeit von der Mehrheit des Massenvorstandes haltende System der sogenannten beamteten Kassenärzte aufrechtzuerhalten und nach außen hin gerechtfertigt erscheinen zu lassen, hatte der Vorstand eine das Wohl der Massenmitglieder betreffende Verbilligung der ärztlichen Versorgung dadurch zu erwirken gesucht, daß er möglichst wenig Ärzte anstellte und diese durch Sandhahmung der Landmannischen Rezeption zur Verschreibung möglichst billiger Heilmittel fortgesetzt drängte.

2. Um die unzureichende ärztliche Versorgung der Massenmitglieder und die Hebung der Krankenpflege der Aufsichtsbegleiter gegenüber zu veranschaulichen, hat der Vorstand, als an ihm am 2. März 1904 die Aufforderung erging, von den Massenärzten die über ihre Tätigkeit geführten Listen der drei letzten Jahrgänge einzureichen und hier einzuschicken, in dem Schreiben vom 5. März 1904 die Aufgabe gemacht, die Ärzte hätten die Vorlegung der Kranken Journale abgelehnt. Außerdem ist festgestellt, daß die Ärzte sich stets einer derartigen Aufforderung des Vorstandes weigerten und hier ausdrücklich dem Unterzeichnenden gegenüber erklärten, daß sie einer derartigen Aufforderung des Vorstandes Folge geleistet haben würden.

3. Der Aufsichtsbehörde gegenüber war der bei der Kasse angeheftete gewöhnliche Heilmittel-Clemens nur als Heilmittel bezeichnet worden, während er tatsächlich keine Heilmittel, sondern eine selbständige Heilbehandlung überwiegen enthält, obwohl die Massenmitglieder gemäß § 6 Nr. 1 des Krankenversicherungsgesetzes Anspruch auf ärztliche Behandlung haben.

Clemens erhielt in der Hauptsache dafür, daß er einmal in der Woche hier einen Nachmittag Sprechstunden abhielt, jährlich 2000 Mark, also für den Sprechnachmittag 60 Mark, eine Summe, deren Höhe in keinem Verhältnis stand zu der ansehnlichen Stellung des Clemens als Heilmittel.

4. Um weiterhin der Aufsichtsbehörde gegenüber die Tätigkeit des Clemens zu verheimlichen, und weil das Krankengeld nur auf einen von einem Arzt angestellten Krankenstempel gezahlt werden darf, hat der Vorstand es nicht gesehen, einen bestimmten, ihm gefälligen Arzt einfach zu kommandieren, die von Clemens bis auf die Unerschrockenheit angestellten Krankenstempel mit seiner Unterschrift zu versehen, obwohl der betreffende Arzt den Kranken gar nicht behandelt hatte und den Schein nicht unterschreiben durfte.

5. Zum Vorteil des Verwandten eines Vorstandsmitgliedes ist dieser Verwandte auf Kosten der Kasse sowohl über die Krankengeldzeit hinaus krankenärztlich behandelt und mit Heilmitteln der Kasse versehen worden, als auch noch vom 2. Januar bis 15. Februar 1905 im hiesigen städtischen Krankenhaus unentgeltlich auf Kosten der Kasse behandelt und versorgt worden.

Wegen dieser rechtswidrigen Verwendung von Kassengeldern zum Nutzen des Verwandten eines Vorstandsmitgliedes ist die Einstellung des Straßverfahrens wegen Mißtraue in Gemäßheit des § 42 des Krankenversicherungsgesetzes, unabhängig von der inzwischen erfolgten und erfolgten Klärung des Verfahrens an die Kasse, beantragt worden.

6. Obwohl der Vorstand für die pflichtmäßige Verwaltung der Kasse haftet, hat es die Mehrheit derselben hiermit für vereinbar gehalten, die Stellen der Massenangehörigen ohne Rücksicht darauf zu besetzen, ob die betreffenden Persönlichkeiten den ihnen obliegenden Arbeiten gewachsen sind oder nicht. Infolgedessen werden zum Nachteil der Kasse mehr Stellen geschaffen, als bei der Hebung derselben an wirklich brauchbare und ausgebildete Arbeitskräfte nötig sind. Daß es sich für die Vorstandsmitglieder dabei wesentlich nur um Schaffung von Versorgungsstellen für bewährte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei handelt, geht auch aus den mit den Angehörigen abgeschlossenen Verträgen hervor, wonach die Anstellung auf unbestimmte Zeit erfolgt und die Kündigungsfreiheit und -möglichkeiten so außerordentlich günstig für die Angehörigen festgesetzt sind, daß eine Kündigung überhaupt nur schwer erfolgen kann.

7. Die Mehrheit des Vorstandes hat es fortgesetzt trotz mehrfacher Ermahnungen der Aufsichtsbehörde gebildet, daß die Massen-

einrichtungen auch zu außerhalb der Kasse liegenden Zwecken, namentlich zu sozialdemokratischen Parteizwecken, benutzt werden und angestellte Beamte für diese in den Dienststunden umfangreich tätig sind oder beurlaubt werden.

8. Die Folge dieser Auffassung der Mehrheit des Vorstandes von der ihm anvertrauten Verwaltung der Kasse ist, daß sich bei den von der Aufsichtsbehörde vorgenommenen Revisionen der Kasse seit Jahren fortgesetzt eine ganz unzulässige Verbilligung der dem Massenangehörigen zugrunde liegenden Dienstgebühren ergeben hat.

So sind vor allem die widrigen Entlassungen in die Heilmittel stets längere Zeit einwirkend herbeigeführt worden und die unzulässigen Abrechnungen der Heilmittelgebühren an den Vorstand, die erheblichen Maßnahmen zu der ihm obliegenden pflichtmäßigen Verwaltung der Massenangelegenheiten zu treffen, unzulässig gelassen.

Auf die direkte auffordernde Verfügung der Aufsichtsbehörde vom 17. Juni v. J., endlich für eine ordentliche Führung der An- und Abrechnungen Sorge zu tragen, haben der Vorstand in dem Schreiben vom 21. Juli v. J. sogar ausdrücklich die Befugnis der Aufsichtsbehörde, diese Forderung stellen zu können. Ebenso am eine weitere Verfügung vom 27. Juli v. J. Seitdem haben sich neuer bei jeder Revision immer wieder sehr dieselben Mängel ergeben.

Wann die bei der am 23. d. M. erfolgten Revision wieder festgestellt, daß in die Massenarten die Abrechnungen seit dem 1. Januar 1906, also seit mehr als drei Wochen, nicht eingetragen sind und ebenso auch seit dem 1. Januar 1906 nicht die An- und Abrechnungen in die Heilmittel eingetragen waren.

In den vielen anderen Pflichtverletzungen, die sich der Vorstand nach dem unter Nr. 1 bis 7 angeführten hat zuschulden kommen lassen, tritt noch die sowohl in seinem Verhalten gegen die Verfügungen der Aufsichtsbehörde liegende, als auch ausdrücklich ausgesprochene Verweigerung der ihm gesetzlich obliegenden ordentlichen Verwaltung der Kasse.

Die Aufsichtsbehörde macht deshalb nunmehr von der Bestimmung des § 15 des Krankenversicherungsgesetzes Gebrauch, indem sie hiermit die Verfügung über die Angelegenheiten des Massenverbandes vom 1. Februar 1906 an selbst wahrnimmt.

Der Vorstand hat sich deshalb bis auf weiteres der Verwaltung der Kasse zu enthalten.

Die unter 1 und 2 angeführten Punkte fallen, selbst wenn sie den Tatsachen entsprechen sollten, in sich zusammen, weil einmal das System der beamteten Kassenärzte seit 1 Monat nicht mehr besteht, also jetzt keinen Grund zum Einreichen gegen den Vorstand abgeben können; dann aber auch hat die Aufsichtsbehörde selbst, trotz wiederholter eingehender Unterstellungen auf das immerwährende Tragen des Ärzteverbandes, wiederholt zugeben müssen, daß unter dem System der beamteten Kassenärzte für die Beschaffung ärztlicher Hilfe für die Massenmitglieder in ausreichendem gefordert war. Wäre dem nicht so gewesen, dann hätte sich nicht der Massenvorstand, sondern die Aufsichtsbehörde einer Pflichtverletzung schuldig gemacht, denn sie hätte dann einsehen müssen, als dieser von ihr jetzt als Tatsache hingestellter Zustand bestand hat. Daraus kann aber, wie gesagt, keine Rede sein, weil nach Ansicht der Aufsichtsbehörde für ausreichende ärztliche Hilfe gefordert war.

Die Angelegenheit betrifft der Beschäftigung des „Heilmittlers“ Clemens ist in der oberbürgermeisterlichen Verfügung in das gerade Gegenteil umgewandelt worden. Nicht um den Mitgliedern die ärztliche Hilfeleistung vorzunehmen, wurde Herr Clemens zur Massenpraxis zugelassen, sondern um den Mitgliedern, die Herrn Clemens in An-

Feuilleton.

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Clara Müller-Saunke. (Fortsetzung.)

„Sie können die Leiche jederzeit abholen lassen,“ beantwortet der Arzt die Frage, welche er sicherlich erwartet hatte. „Ich habe Ihnen indessen einen Vorschlag zu machen. Der Fall ist ein sehr seltener und äußerst interessanter, für unsere Wissenschaft von ganz hervorragendem Wert. Und da können Sie die Abholung der Leiche sowie das Begräbnis bedeutende Kosten verursachen würden, die Sie vielleicht nicht in der Lage wären zu tragen, nun — und der berühmte Mann würde offenbar nach Worten — „nun, Sie müssen das nur von der richtigen Seite betrachten. — so möchte ich Sie überlassen den kleinen Körper uns zur Obduktion. Begräbnis und alles übrige übernimmt natürlich die Anstalt. Nur muß ich im voraus bemerken, daß das Kind kein eigenes Grab erhält, daß mit der Heberlassung der Leiche an uns diese vollständig in unsern Besitz übergeht.“

Ich starrte dem Manne in das glattrasierte, gespannte Gesicht und überlegte langsam. Wert für Wort, was er eigentlich gesagt und gemeint hatte . . .

„Es ist nicht so böse, wie es vielleicht den Anschein hat auf den ersten Blick — . . . Das mit einem solchen Fehler behaftete Wesen wäre doch niemals ein lebensfähiger, lebensberechtigter Mensch geworden.“ Seine Stimme drängte. Er hatte offenbar nicht lange Zeit und hegte doch den lebhaften Wunsch, das wertvolle Studienobjekt in seinen Besitz zu bringen.

Und ich überlegte noch immer.

Abholung — Begräbnis — wie viel würde das kosten? Ich hatte noch gerade hundert Mark in der Tasche und Vincents letzten Brief. Und das tote Kind, das dieser Mann mir seine Wissenschaft von mir forderte, war Vincents Kind!

Mit einem plötzlichen Entschluß stand ich auf. „Behalten Sie das Kind, Herr Professor,“ rief ich heiser hervor — „und ich danke Ihnen auch noch schon für alles, was Sie an ihm getan haben.“

Nun war es zu Ende.

Er reichte mir die Hand. „Ach danke Ihnen im Namen der Wissenschaft. Es wird auch für Sie so das Beste sein.“ — Von Professor Weinsdorfer ging ich zur nächsten Postanstalt. Dort zahlte ich fünfundsiebzig Mark an Vincents Adresse ein. Auf den Postabschnitt freilich ich einige hastige Worte: Der Rest der Summe folgt baldmöglichst nach. Ganz geschäftsmäßig.

Nun war ich frei und konnte von dem übriggebliebenen Gelde mir noch gerade das Bahnbillet kaufen — in die Heimat.

Ach hätte ich Lügen sagen können, den Eltern, mit einem einzigen, winzigen Blatt Papier: ich hätte mir vom Arzt bestätigen lassen können, daß das Kind zu früh geboren und lebensunfähig auf die Welt gekommen war . . .

Dem aber, der mir diesen Rat hätte geben wollen, — und wäre es in bestgemeinter Absicht geschehen, — dem hätte ich ins Gesicht gelächelt.

Mein Kind war tot, war obduziert, zerschneiden, in Spiritus gesetzt, auf dem Anatomiefriedhof verscharrt, — nicht auf einen Zepfen dieses zerrissenen Körpers sollte der Mann ein Recht haben, der sein eigenes Fleisch und Blut in blinder Wut, mit unerhörter Gemeinheit verweigert hatte.

Und wenn ich mir die Finger blutig arbeiten mußte: er sollte sein Sündergeld bis auf den letzten Pfennig wieder haben, er und seine Schwester, deren schändlichen Einflüsterungen der unerschrockene Schwächling sich gebeugt.

Arbeiten wollte ich, bis mir der Atem in der Brust versagte, gutmachen, was ich gegen meine Mutter gefehlt hatte, und aus dem Sumpfe wieder auferstehen: frei, rein und sünderlos: Ich.

Hell schien die Osterjonne in mein Coupee, als ich heimfuhr.

Und alle Weiden blühten.

Ich aber wußte kein Grab, auf das ich einen Strauß hätte niederlegen mögen.

Minuten, beim Niederschreiben dieser Bekenntnisse, will es mich bedünken, als ob meine Feder eine Seele besäße. Sie leert sich, zuckt und irrlichtert auf dem Papier hin und her.

Sie will nicht schreiben.

Ach zwänge sie in meinen Dienst. Denn ich weiß, daß die Wahrheit die große Schuld ist, die ich an Dich abzutragen habe auf Selber und Niemand.

Minuten, in Deinen Armen, denke ich noch an Vincents — mit einem großen Mitleid.

Ich habe ihn gehaßt mit einem so glühenden Haß, daß ich ihn mit meinen Lippen das Wort hätte aus dem Munde saugen mögen. — Ich habe ihn verachtet mit einer so tiefen Verachtung, daß der Boden, auf dem er einst geschritten, mich für meinen Fuß zu unrauber dünkte.

Heute bemitleide ich ihn.

Er hat mich doch geliebt, wenn auch um seine eigene, unedle Weise. Als die Not kam und die Bedrängnis, und die Wucht der Verantwortung sich auf seine schwache Seele legte, da griff keine unedle Kamme in gierigen Selbsterhaltungstrieb nach dem Strohhalm, den Verleumdung und niedere Verachtung ihm dargebreitet, den ein Charakter ihm geboten, welcher dem heimigen so nahe verwandt war.

Möge sein Gott ihn verzeihen!

Meine Mutter erlebte einen Glücksausbruch, als sie ihr kleines, schlängliches, rodmüdes Kind in den Armen hielt. Sie strich mir mit der weichen Hand wieder und immer wieder über Wangen und Stirn, in zärtlichem Glückston die eine Frage wiederholend: „Und wirklich gerettet und wirklich gesund wieder hier, mein Herzenskind?“

„Wirklich gerettet, Mutterchen, und wirklich gesund. Nur noch ein bißchen Erholung, dann sollst Du Dein altes Mädel wieder haben und sorglose, glückliche Tage dazu!“

Wie ich dies Versprechen einlösen sollte, war mir selbst ein Geheimnis. Aber daß ich es gehalten habe, ist meiner Mutter letzte Freude gewesen. Sie hat vor Glück geweint . . .

Nach acht Tagen hatte ich meine Stellung wieder inne. Wenn ich eine letzte Hoffnung gehegt, mein Chef werde menschlich sein und mir das Gehalt für die versäumten acht Wochen nachzahlen, so hatte ich mich geirrt. Aber er gab mir lediglich Mark Verzicht — mehr als ein Monatsgehalt.

Bruch nehmen wollten, entgegenzukommen. Und das Herr Clemens von den Mitgliedern stark in Anspruch genommen wurde, ist allgemein bekannt. Davon, daß Herr Clemens für Abhaltung nur eines Sprechmittags 60 Mk. = 3000 Mark pro Jahr erhalten habe, kann keine Rede sein. Herr Clemens behandelte vielmehr die Mitglieder und deren Angehörige tagtäglich in seiner Wohnung und mußte dabei das Verbandmaterial selbst stellen. Der Vorstand behauptet ferner, es sei direkt wahr, daß er einen bestimmten, ihm gemäßen Arzt kommandiert habe, die von Clemens ausgefüllten Krankenscheine zu unterzeichnen. Dagegen habe der ältere der Stadtlektäre Wiesdorf die stoffe angewiesen, Krankengeld anzuzahlen auf Grund der Bescheinigungen des Herrn Clemens.

Selbstverständlich durfte in der Begründung der oberbürgermeisterlichen Verfügung der landläufige Vorwurf gegen die Mehrzahl der deutschen Ortskrankenkassen nicht fehlen: der Vorwurf nämlich, daß die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder die Kasseneinrichtungen zur Förderung der sozialdemokratischen Partei ausnutzen. Ja, es heißt sogar ausdrücklich, der Vorstand betrachte die Stellen der Kasseneinrichtungen als Versorgungsstellen für bewährte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Auf diesen Vorwurf näher einzugehen erübrigt sich an dieser Stelle. Es genügt zur Kennzeichnung der Verechtigung des Vorwurfs festzustellen, daß einmal die Verwaltungskosten der Kassen nicht über den Durchschnitt der Ausgaben bei ähnlichen Kassen hinausgehen, dann aber auch hat die Aufsichtsbehörde bei ihren bisher vorgenommenen Revisionen alles in bester Ordnung gefunden. Schon 1904 sollen nach der oberbürgermeisterlichen Verfügung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein, und bei der anfangs 1905 vorgenommenen unverhofften außerordentlichen Revision, die mehrere Tage dauerte, war das Resultat: Die Aufsichtsbehörde hat der Kasseneinrichtung für die musterhafte Geschäftsführung eine lobende Anerkennung zuerteil werden lassen.

Es bleibt also aus dem langen Sündenregister, das der Oberbürgermeister aufgemacht hat, eigentlich nur ein wesentlicher und ernsthafter Vorwurf übrig: der unter Punkt 6 erhobene Vorwurf der Begünstigung eines Verwandten eines Vorstandsmitgliedes auf Kosten der Kasse. In diesem Falle muß zunächst das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung abgewartet werden. Soviel scheint heute schon feststehen, daß der Vorstand in der Form gefehlt hat, jedoch nicht zum Nachteil der Kasse, denn die in Frage kommende Person hat für die Weiterbehandlung im Krankenhaus der Kasse den vollen Betrag der Kosten im voraus entrichtet.

Unter solchen Umständen von dem Zusammenbruch einer sozialdemokratischen Wirtschaft zu reden, bringen denn auch nur die gewerbmäßigen Verfeinerer der Sozialdemokratie vom Schlafe des „Central-Anzeigers“ fertig. Diese Methode enthüllt aber auch den Zweck der ganzen Hebe: Einmal soll die sozialdemokratische Partei dadurch diskreditiert werden, dann aber auch dem Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen der Streik gedreht werden. Man glaubt anscheinend, eine günstige Gelegenheit gefunden zu haben, der Regierung, die bekanntlich mit dem Plane der Verdrängung der Selbstverwaltung der Krankenkassen schon seit langem schwanger geht, eine ihr willkommenere Handreichung machen zu können.

Daher gewinnt der Schlag, der gegen die Reichsversicherungsanstalt für Arbeiter geführt wurde, allgemeine Bedeutung. Bezeichnend ist, daß das Vorgehen des Reichsversicherungsamtes im Einverständnis der Regierung erfolgte. Es handelt sich daher um die Ausführung eines wohlangelegten Planes, dessen Ziel weit über die Amtsenthebung des Vorstandes der Reichsversicherungsanstalt hinausgeht.

Vorkäufig muß die weitere Entwicklung der Dinge abgewartet werden. Es ist selbstverständlich, daß die Klage gegen die Maßnahmen der Aufsichtsbehörde eingereicht wurde.

Soziales.

e-Kleischnot und Kleischtennung herrscht noch unverändert in der Fabrik- und Handelsstadt Chemnitz, das zeigte nur zu deutlich wieder der Chemnitzer Schlachtviehmarkt vom 5. Februar. Nur 376 Schweine waren zugerufen, 718 weniger als am gleichen Markttage im Vorjahre. Ungemein hoch war der Preis, der für 100 Pfund Schlachtgewicht 89 Mark, 25 Mark mehr als am gleichen Markttage des Vorjahres betrug. Um beurteilen zu können, wie gering, wie ungenügend der Auftrieb für Chemnitz ist, sei bemerkt, daß trotz der hohen Schweinepreise der durchschnittliche Auftrieb in diesem Jahre sich bis jetzt auf 1411 Schweine stellt. Der schlecht entlohnte Arbeiter kann sich diese reiche Fleischnot nicht leisten. Die Wechselladungen von Pferden und Sunden, von denen die Monatsberichte des Schlachtwiehwirtschafters berichten, verraten, was mehr denn früher die Fleischmangel des Arbeiters ist.

Ueber die Tätigkeit des Münchener Arbeitersekretariats im Geschäftsjahr 1905 erstattete am 5. Februar Arbeitersekretär Timm im Gewerkschaftsverein Bericht. Insgesamt nahmen mit den wiederholt erschienenen Beisitzern 1100 Personen (im Jahre 1904 1024) das Sekretariat in Anspruch. Von den Besuchern oder ihren Angehörigen waren 77 Prozent (1904 67 Prozent) gewerkschaftlich oder politisch organisiert. Neben der Auskunfts-erteilung haben die Sekretäre an 158 Sitzungstagen 360 Fälle (das ist eine Mehrung um 141 Fälle) vor den Rechtsprechungsinstanzen zu vertreten, davon vor dem Schiedsgericht für Arbeiter-versicherung in Oberbayern an 108 Sitzungstagen 256 Unfall- und Invalidenfällen, vor dem Landesversicherungsamt an 33 Sitzung-

tagen 57 Unfallsachen, die übrigen Sachen vor dem Amtsgericht, der Regierung von Oberbayern, dem Bezugsverwaltungsamt und dem Magistrat in München. In dem demnächst erscheinenden gedruckten Bericht wird die spezielle Tätigkeit des Münchener Arbeitersekretariats ausführlich besprochen.

Marktberichte.

Magdeburg, 8. Februar. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen unverändert, englischer gut 105-171, mittel 160-166, gering 152-158, do. Sommer gut 170-173, mittel 162 bis 170, do. Kolben Sommer gut 175-180, do. Rauh gut 164 bis 169, do. ausländischer gut 188-192. — Roggen ruhig, inländischer gut 164-167, mittel 157-163, ausländischer gut 172-174. — Gerste stetig, hiesige Chevalier gut 170-180, mittel 160-169, Land gut 156-166, ausländ. Futtergerste gut 132-139. — Hafer stetig, inländischer gut 166-172, mittel 155-163, ausländ. gut 156-170. — Mais unverändert, ungar gut 134-136, amerikan. unter gut 123-125. — Erbsen unverändert, hiesige Bistoria, gut 180-195, mittel 160-175, do. grüne Folger, gut 190-200, mittel 170-185.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null

	6. Febr.	+ 0.05	7. Febr.	+ 0.04	0.01	—
Angunglan	6. Febr.	+ 0.05	7. Febr.	+ 0.04	0.01	—
Laun	"	- 0.03	"	+ 0.10	—	0.13
Vindweis	"	- 0.02	"	- 0.02	—	—
Prag	"	+ 0.06	"	+ 0.06	—	—

Influit und Saate.

	7. Febr.	+ 1.50	8. Febr.	+ 1.50	0.05	—
Straßfurt	7. Febr.	+ 1.50	8. Febr.	+ 1.50	0.05	—
Weißeritz Unt.	"	+ 0.78	"	+ 0.72	0.06	—
Trotha	"	+ 2.42	"	+ 2.32	0.10	—
Alteben	"	+ 2.20	"	+ 2.14	0.06	—
Bernburg	"	+ 1.77	"	+ 1.68	0.09	—
Salze Oberpegel	"	+ 1.80	"	+ 1.76	0.04	—
Salze Unterpegel	"	+ 1.62	"	+ 1.50	0.12	—

Milch.

	7. Febr.	+ 0.78	8. Febr.	+ 0.72	0.06	—
Deßau	7. Febr.	+ 0.78	8. Febr.	+ 0.72	0.06	—
Milchbrücke	"	"	"	"	"	"

Elbe.

	6. Febr.	0.00	7. Febr.	0.00	—	—
Hardubitz	6. Febr.	0.00	7. Febr.	0.00	—	—
Branditz	"	+ 0.10	"	+ 0.06	0.04	—
Meinitz	"	- 0.20	"	- 0.26	0.06	—
Veimteritz	"	- 0.06	"	- 0.14	0.08	—
Muffig	7. "	+ 0.10	8. "	+ 0.07	0.03	—
Dresden	"	- 1.17	"	- 1.23	0.06	—
Loigan	"	+ 1.00	"	+ 0.86	0.14	—
Wittenberg	"	+ 2.08	"	+ 2.01	0.08	—
Körlan	"	+ 1.63	"	+ 1.53	0.10	—
Barby	"	+ 2.10	"	+ 1.96	0.14	—
Schönebeck	"	+ 1.87	"	+ 1.75	0.12	—
Magdeburg	"	+ 1.88	9. "	+ 1.74	0.14	—
Langensalza	7. "	+ 2.82	8. "	+ 2.72	0.10	—
Wittenberge	"	+ 2.68	"	+ 2.66	0.02	—
Broda-Dömitz	"	+ 2.19	"	+ 2.03	0.16	—
Lützenburg	"	+ 2.22	"	+ 2.23	—	0.01

heute Eröffnung

meines Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäfts.

Arbeits-Kleidung. Anfertigung nach Mass. Reichhaltiges Stofflager.

Max Wandrow

Moldenstrasse 36. Alte Neustadt Moldenstrasse 36.

Schuhwaren!

Billig! Billig!

Herren- u. Damenstiefel, Stiefeln, Turn-, Strand- u. Kinderstiefel, Pantoffeln, auch aus Leder, in allen Größen, in allen Farben, in allen Preisen.

Die Schuhe sind billiger als sonst, weil sie direkt von den Fabrikanten bezogen sind.

Die Schuhe sind billiger als sonst, weil sie direkt von den Fabrikanten bezogen sind.

Die Schuhe sind billiger als sonst, weil sie direkt von den Fabrikanten bezogen sind.

Die Schuhe sind billiger als sonst, weil sie direkt von den Fabrikanten bezogen sind.

Die Schuhe sind billiger als sonst, weil sie direkt von den Fabrikanten bezogen sind.

Die Schuhe sind billiger als sonst, weil sie direkt von den Fabrikanten bezogen sind.

Die Schuhe sind billiger als sonst, weil sie direkt von den Fabrikanten bezogen sind.

Die Schuhe sind billiger als sonst, weil sie direkt von den Fabrikanten bezogen sind.

Die Schuhe sind billiger als sonst, weil sie direkt von den Fabrikanten bezogen sind.

Sicher wirkendes

Läusemittel

für Kinder. — Fl. 30 Pf.

Gustav-Adolf-Drogerie

Otto Grünwald

40 Gustav-Adolf-Strasse 40.

Standesamt.

Magdeburg-Mittstadt, 8. Febr.

Aufgebote: Kaufmann Hermann Fischer in Wulferode mit

Wahlsche Thal, Kellner Alfred

Säger mit Emma Friedl geb

Schmidt, Fabrikant Friedrich Wilhelm

Krämer mit Emma Marie Krone

in Wulferode, Feldwacht Joachim

Bernhard Reinhold Künzel in

Oberbe mit Emma Auguste Marie

Reinhold in Gardelegen, Schlofer

August Ludwig Lang mit Karoline

Wendler in Hannover, Bäcker

meister Alfred Kone mit Rosemarie

Reinhold in Köpenick, Schiffer

Johann Karl August Klünder in

Brandenburg mit Marie Ann

Widener Wilhelm Finkenstädt mit

Magdalene Sommer, Arbeiter

Wilhelm Maack mit Anna Stephan

Geburten: Elisabeth, T. des

Strassenbahnchaffiers Walter Bode,

Hilba, T. des Telegraphenbauers

Karl Schöder, Herr, T. des

Buchdruckers Gustav Kömer, Frau

Ullrich und Walter, Dillig, T.

des Postkassenschein Friedrich Reicher,

Hän, T. des Kaufmanns Robert

Wendberg.

Todesfälle: Erich, Sohn

Ernst Reibung geb. Fricke, 81 J.

24. 12. J. Restaurateur Wilhelm

Richter, 69 J. 8. 26. J. Geb.

wig Grapow, unversichert, 45 J.

29. 12. 24. J. Kaufmann Oskar

Kauf, 39 J. 10. 17. J. Witwe

Dorothea Laura geb. Köhler, 55 J.

1. 1. 6. J. Friedr. geb. Fricke,

Sohn des Malers Johann Schäfer,

31. 1. 6. 16. J. Heine, T.

des Schlossers Karl Kießler,

Todesfall: Franz, S. des

Horners Rudolf, Ranken, 4 J.

5. 1. 8. J.

Neustadt, 8. Februar.

Aufgebote: Zimmerm. Franz

Heinrich Karl Thiers mit Anna

Emma Dantsmann, Schlosser Willi

Ullrich und Walter, Kaufmann mit Olga

Anna Wenzel.

Geburt: Paul, S. des

Maurers Paul Erbs.

Wendberg.

Aufgebote: Landwirt Edmund

Rehrig in Schlanke mit Ida

Geige hier.

Geburt: T. des Bureaugehilfen

Gustav Krautz.

Todesfälle: Alma, T. des

Arztes Adolphus Jany, 1 J.

4. 1. 8. J.

Burg, 7. Februar.

Aufgebote: Arbeiter Karl

Friedrich Wilhelm Köppen mit

Schneider Andreas Christian Krug

hier mit Helene Bertha Dittmar in

Wesben.

Geburten: Charlotte, T. des

Arzters Otto Stütterich, Hildegard

T. des Lehrers Otto Schwarz,

Frida, T. des Richters Willi Thiele.

Todesfälle: Otto, S. des

Musikers Otto Schulze, 1 J.

Elisabeth, T. des Kaufmanns Franz

Lang, 1 J.

Wendberg.

Queßlinburg.

Vom 31. Januar bis 6. Februar.

Aufgebote: Kaufm. Bertold

Sünor mit Julie Frankländer in

Malchin, Kaufm. Alfred Strähner

mit Emma Poof geb. Schulze,

Krb. Otto Barnekow mit Beata Rümpler.

Cheslicheungen: Klempn-

er Alfred Hebler mit Frida Röber

Geburten: S. des Klempners

Gustav Arendt, S. des Klempners

S. des Hausdieners Paul Kandler,

T. des Schlossers Otto Rümpler,

T. des Metallbüch. Wilh. Bornmann,

S. des Arb. Wilh. Balkin, S. des

Arb. Joseph Priemich, T. des

Arb. Friedrich Henneberg, S. des

Hausdieners Heinrich Schrader, T.

unehelich, S. unehelich.

Todesfälle: Willi, S. des

Arb. Theodor Oberländer, 4 M.

Lehrerin Toni Wirth, 51 J.

Hospitalistin Auguste Weddermeyer,

unverheh., 75 J. Auguste Müller,

unverheh., 20 J. Buchhalter Wilh.

Dieler, 50 J. Johann, S. des

Arb. Joseph Priemich, 3 J. Handl.-

Lehrling Wilhelm Henning, 20 J.

Arbeiterin Katharina Jaworska,

21 J. Armenhäuser Gotthold

Klein, 78 J.

Stahlfurt.

Aufgebote: Bauführer Joh.

Bauer in Nordhausen mit Antonie

Ziegler in Magdeburg, Fabrik-

führer Friedrich Prager in Magde-

burg-W. mit Lucie Große hier.

Geburten: T. des Maurers

Otto Schulze, S. des Bergschmieds

Paul Bauer.

Todesfall: Ilse Köhler, 3 J.

geschrien und gesungen hatte, kam ein Polizist hinzu und bat um Ruhe. Der Waisenjahn stand aber weiter und verhöhlte den Beamten mit den Worten: „Salt das Maul, Du Lapsmann, wenn Du nicht ruhig bist, kannst Du morgen die Fackel anzünden.“ Der Schlammbummel, der am Dienstag vor dem Schöffengericht angeklagt war, wußte zu seiner Entschuldigung nur anzuführen, daß er in jener Nacht viel Wein und Bier getrunken hatte. Er wurde mit Rücksicht auf seine soziale Stellung zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt und dem beleidigten Polizisten steht die Publikationsbefugnis zu. — Die Strafe erscheint nicht zu schwer für einen Menschen, der „Ordnung“ studiert.

Vermischte Nachrichten.

* Was das Wort Sozialdemokrat bedeutet, erzählt man jetzt durch eine Mitteilung aus Rußland: Der Chef einer Petersburger Artilleriebrigade hielt an seine Soldaten eine Ansprache über die Verantwortlichkeit der freiwirtschaftlichen Bewegung. Dabei belehrte er nach dem „Nowosti“ seine Zuhörer unter anderem folgendermaßen: „Das Wort Sozialdemokrat ist ein deutsches, in russischer Sprache bedeutet es „Empörer“, „Mäurer“, in chinesischer „Schußschuß“. Die Schußschüsse verlangen von ihrer Regierung dieselben Rechte und Freiheiten wie unsere Schußschüsse und haben dafür, ohne ihre Absicht zu erreichen, mit dem Tode büßen müssen. Dasselbe Los wird auch unsere Schußschüsse erreichen, wenn Ihre Euren Vorlesungen gehorchen werden.“

* **Gebliebene Erfindungen.** Eine der interessantesten Kapitel der Kulturgeschichte bilden wohl die Entdeckungen, und ganz besonders interessant ist die Art, wie so manche Erfindungen gestohlen wurden oder verloren gegangen sind. So hatte ein Uhrmacher namens Guntzmann in der Nähe von Sheffield eine Fabrik gebaut, um dort nach einer von ihm selbst erfundenen Methode Stahl herzustellen. Das Geheimnis war sehr wertvoll, denn es stellte einen Prozeß dar, wie er bei einer Stahlfabrikation noch niemals benutzt worden war; doch Guntzmann hatte wenig Furcht, daß einer seiner Nivalen das Geheimnis entlocken könnte, denn er benutzte nur erprobte und ergebene Leute; außerdem wurden die Löhre

seiner Fabrik stets vor Fremden geschützt. In einer dunklen Winternacht, als der Wind auf der Landstraße wüthete und der Schnee in dichten Kloden vom Himmel fiel, erschien ein geclumpter, fast erstarrender Landstreicher vor der Thür der Fabrik und bat lächelnd um die Erlaubnis, sich an den Schmelzöfen ein wenig wärmen zu dürfen. Eine Zeitlang hat er umsonst, denn der Türwächter war unerbittlich; schließlich aber ließ er ihn doch ein, und kaum war der Fremde in die Nähe des Ofens gekommen, als er erschöpft zu Boden sank und sofort einschlief. Inzwischen schloß der Wächter nur mit einem Auge, und mit dem andern Auge beobachtete er eifrig die Männer bei ihrer Arbeit, so daß er eine Stunde später, als er die Fabrik mit Worten der Dankbarkeit verließ, Guntzmanns Geheimnis mit sich nahm. Noch interessanter ist die Geschichte eines Apothekers, der in einem kleinen Laden der Fleet Street in London wohnte und das Geheimnis der Zitronensäure gefunden hatte. Er war auf seine Erfindung so eifersüchtig, daß er sie mit niemand teilen wollte, sondern allein in seinem kleinen Laboratorium arbeitete. Eines Abends, als er mit seiner Entdeckung schon ziemlich weit fortgeschritten war, verschloß er sein Laboratorium und verließ seine Arbeit ein Weilchen, fest überzeugt, es könnte niemand während seiner Abwesenheit dort hineindringen. Doch er hatte ohne einen ungebeten Gast gerechnet, der durch den Kamin sich in das Laboratorium schlich und die Zeit so gut benutzte, daß er sich, als er wieder in den Kamin kroch, die Zubereitung der Zitronensäure vollständig zu eigen gemacht hatte. In einer ähnlichen Weise wurde auch die Fabrikation des Weißblechs in England bekannt, ein Geheimnis, das der Erfinder, ein Holländer, ein halbes Jahrhundert lang ängstlich geschützt hatte. Ein gewisser James Sherman wollte es um jeden Preis entlocken. Er ging nach Holland, kaufte sich in die Fabrik einzuschmuggeln und brachte das Geheimnis nach England mit.

Bereine und Versammlungen.

Städtische Arbeiter.

Am 4. Februar tagte in der „Bürgerhalle“ die Monatsversammlung der Straßenreinigungs- und Kanalbetriebsarbeiter. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden Stein wurde Lindner gewählt. D. hielt einen

mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema „Wider die Pfaffenherrschaft“. Ueber den Lohn der Fahrer entstand eine große Debatte. Ein Antrag, die verschiedenen Anzeigen dem Arbeiterauschuß zu überweisen, wurde angenommen. Ebenfalls zugestimmt wurde einem Antrag, den Kassierer zu beauftragen, die Mitglieder namhaft zu machen, welche aus dem Verband ausscheiden. In der nächsten Monatsversammlung soll H. einen Vortrag halten über „Die Gewerkschaftsbewegung unter den städtischen Arbeitern am Orte“. Nachdem sich noch mehrere Redner über die Gewerkschaftsbewegung geäußert hatten, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Bereine-Kalender.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Filiale Magdeburg). Sonnabend den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in der „Bürgerhalle“, Altkreuzstraße 28. 452
Große Volksverein. Nicht am 17., sondern am 10. Februar findet die Versammlung in Große statt. 451
Groß-Otterleben. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend abend 8 1/2 Uhr Versammlung. 448
Groß-Otterleben. Achtung, Maurer! Sonntag den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, Versammlung bei Strumpf. 6
Fernerleben. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag den 11. Februar, abends 7 Uhr, Versammlung bei Hänsgen. 6
Leimbork. Sozialdemokratischer Verein. Unsere Mitglieder-Versammlung findet nicht am 10., sondern am 24. Februar statt.

Briefkasten.

M. A. Parys. Unserer Auffassung nach ist die Bestimmung der fraglichen Polizeiverordnung, wonach Bergnügungen von Vereinen, die am Sonnabend beginnen, um 1 Uhr geschlossen werden müssen, ungültig. Strafmandate richten sich gegen die Vorstandmitglieder und den Wirt des Lokals. —

Brand-Ausverkauf!

Die durch Feuer, Wasser und Rauch beschädigten Waren werden für jeden annehmbaren Preis verkauft, da das Lager auf jeden Fall geräumt werden muß.

Heinemann & Patermann Magdeburg
 Breiweg 129, Ecke Bandstr.
 Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe.

Theater- u. Masken-Garderobe-
Verleih-Institut
 von
Otilie Valentin, früher C. Ohmann
 Peterstrasse 9. 2391

Sohleder - Ausschmitt
 sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel zu den billigsten Preisen empfiehlt
Joseph Kullmann
 vormals Röder & Drabandt
 25 Jakobstrasse 25.

Franziskanerstraße 3a.
 Zu staunend billigen Preisen werden heute und folgende Tage verkauft:
Winter-Paletots
 Zoppen, Herren-Anzüge und einzelne Posen
Uhren, Ketten, Verlobungsringe
Regulateure
 und noch verschiedene andre Sachen.
M. Korn
 Franziskanerstrasse 3a.

Unerreicht
 in Geschmack und Aroma sind meine stets frisch gebrannten
Kaffees
 Spezialmarken 2597

das Pfund 100 und 120 Pf. 5 Proz. Rabattsparmarken.
 Der täglich steigende Umsatz ist der beste Beweis für die ganz vorzügliche Qualität meiner Kaffees.

Lederhandlung von Gustav Moritz
 Sudenburg, Halberstädterstraße 52 2383
 Telefon 4109 empfiehlt ihren bewährten Telefon 4199
 Sohlenauschnitt, Kernlederplatten, Schuhmacherwerkzeuge und -artikel, Pantoffelhölzer und -leder, Schuhcreme, Wische, Lederfett, Schürzenleder.
 Sehr vorteilhaft für Wiederverkäufer. Zusendung schnellstens.

Gänse-Pöckelfleisch billig Taschen- u. Plüschsofa preiswert zu verk.
 bei **Moritz Weinberg**, Berlinerstr. 1a, Sogis 1, Fernr. 3, v. m. Heinrichstr. 22 I.

Geschäfts-Übernahme.
 Der geehrten Einwohnerschaft von Bennedensbed, Groß-Otterleben und Umgegend zur gefälligen Nachricht, daß ich meine frühere
Gastwirtschaft zum weißen Schwan
 in Bennedensbed
 wieder übernommen habe. Mein eifriges Bestreben ist, das frühere Renommee wieder auf dieselbe Höhe zu bringen, wie es unter meiner Leitung war. Für aufmerksame Bedienung und gute Getränke wird bestens Sorge getragen. Bitte gleichzeitig die geehrte Einwohnerschaft, mein Unternehmen gefälligst zu unterstützen.
 Hochachtungsvoll
Witwe Hoppe.
 2612

Geschäfts-Übernahme.
 Meinen werten Freunden und Bekannten hiermit zur gefälligen Nachricht, daß ich am 14. Februar das
Restaurant „Zum Reiseonkel“
 Sudenburg, Kurfürstenstr. 32
 übernommen habe. Aufmerksame Bedienung sichere ich allen mich besuchenden Gästen jederzeit zu. — Gleichzeitig mache ich auf meine
Sonntag den 18. Februar stattfindenden **Marronaden** aufmerksam. Für nur gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Es ladet ergebenst ein
Otto Fabrenkamp jun.

Räumungs-Ausverkauf

wegen
 Aufgabe meines Ladens **Johannisberg Nr. 1**
Echt Boxcalf-Herren-Schnürstiefel elegantes Façon 7.50
Echt Boxcalf-Damen-Schnür- u. Knopfstiefel feinste Ausführung 6.90

Ballschuhe
 von 1.90 an



Unsre Auslagen in den Schaufenstern müssen Sie von den wirklich billigen Preisen überzeugen. Ein großer Teil der Waren wird unter Selbstkostenpreis ausverkauft.

Vorteilhaftes Angebot von **Konfirmantentiefeln** in feinsten Ausführung.
Schuhwarenhaus Mastig & Co.
 Johannisberg 1, gegenüber dem alten Rathaus.

Butterhandl. Edelwein
 Fab. J. Lehmann
 Halberstädterstr. 40.

! Ehrliche!
 Heute erhalten Taschen-
Uhren und Ketten
 sowie moderne **Stimmer-Uhren** Regulateure und Weder auch auf Zeitzahlung. 3 Jahre Garantie. Kl. Anzahl. Abzahl. p. Woche 1 Mk. an. Trotz Abzahlung keine höher. Preise. Reparaturen billig. Versende auch nach außerhalb. Bestellung per Postkarte genügt.

Uhrenhandl. Magdb.-Neustadt
 2280 Nikolaitraße 4.

Waschen Sie schon mit
Klages
Seifensalmiak?
 Stahlfedern empf. die Buchbdlg. Volksstamme. 1017

Carl Gottschalk

Neue Neustadt, Lübeckerstraße 21

Warenhaus Wilhelmstadt

Wilhelmstadt, Große Diesdorferstraße 226

Inh.: Richard Gottschalk

empfehlen ganz besonders billig:

Schwarze, weiße und farbige Kleiderstoffe zur Einsegnung gute, gebiegene Qualitäten in den Preislagen von Mt. 1.50 1.25 0.75 an
 Fertige weiße Unterröcke eigener Konfektion extra weit geschnitten Mt. 4.00 3.00 2.50 2.00
 Ständiger Eingang von Neuheiten in Blusenstoffen und Besätzen. Einzelne Roben knappen Maßes, für Konfirmandinnen passend, werden extra billig abgegeben.

Ständige beachtenswerte Auslagen von Neuheiten in 17 Schaufenstern.

2606

Ein Waggon Emaille

eingetroffen. Verkauf zu den bekannt billigen Preisen.
Wirtschafts-Bazar Sudenburg, Halberstädterstr. 117

Calbe a. S.
Bernburgerstrasse 91
B. Rawak
Bestes u. größtes
Spezialgeschäft für
Herren- u. Knaben-
Moden
in Calbe a. S.

Grosser Ausverkauf
wegen vollständigen Umbaus
und Vergrößerung des Lokals.
Die Preise sind auf sämtl. Artikel
bedeutend herabgesetzt.
Ein jeder überzeuge sich!
Bitte um Beachtung
meiner Schaufenster. 2449

Heute Freitag und morgen Sonnabend infolge
bedeutender Zufuhr:
Ausnahmepreise für hochfeines Kalbfleisch!
Heute, Mierensstück, Mitten nur ein Preis: à Pfd. nur 55 Pf.
ff. Schweine- und Rindfleisch zu bekannt billigsten Preisen.
Garantiert reines Schweineschmalz, à Pfd. 80 Pf., bei 5 Pfd. 3.75
R. Bosse, nur Gr. Marktstr. 20

Achtung! Lemsdorf Achtung!
1. Lemsdorfer Musikverein „Hertha“
Am Sonnabend den 10. Februar findet unser diesjähriger
Masken-Ball
im Gasthof zum deutschen Kaiser (Inhaber: Julius Cisar) statt.
Anfang 8 Uhr.
Für Überraschungen ist bestens gesorgt.
Mehrere Bundesvereine haben ihre Unterstützung zugesagt.
Ergebnis ladet ein **Der Vorstand.**

Konsum-Verein für Halberstadt und Umgegend
G. G. m. b. H.
Sonntag den 18. Februar 1906, nachm. 3 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht für das erste Vierteljahr.
2. Beschlußfassung über die Gehaltsfala der Angestellten.
3. Die neuen Holzverträge und ihre Einwirkungen auf die
Lebensmittelpreise.
Der Aufsichtsrat.
G. Bander, Vorsitzender.

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg
Fürstenufer 6 I (dicht bei der Strombrücke), **Telephon: 2841.**
Unentgeltliche Anstufung an organisierte Arbeiter und Witwen,
Waisen, Diensthöten, Lehrlinge, Invaliden und solche Personen, die einer
Organisation nicht angehören können, in der Zeit von 11-1 u. 5-7 Uhr.
Außer der Anstufungszeit ist das Sekretariat für Anstufungssuchende geschlossen.

Wer bei **Kaphengst**
kauft, spart Geld!
Bettfedern-Versand-
Haus
Otto Kaphengst
Magdeburg-Sudenburg
2295 Muster franco!

1000 Pfd.
Zucker-
Honig!
28 Pfd.
5 Proz. Rabattmarken

Walter Ernst
Jakobstrasse 36
1000 Pfd.

Burg 2611 Burg
Goldfische
sind heute wieder eingetroffen.
Paul Nauke, Schulstraße 4.

Grosser Rester-Verkauf
zu noch nie dagewesenen
billigen Preisen
Herren-Anzüge
Knaben-Anzüge
Arbeiter-Garderobe
extra starke Näharbeit
billiger
wie jede Konkurrenz
bei **356**

Wilh. Rueff
Calbe a. S.
Querstr. No. 1.

Sieverts Variété
Festredner Nr. 3776.
Jeden Abend 8 Uhr
Grosse Spezialitäten-
Vorstellung
mit hochinteressantem Programm
Alle Vorzugskarten gelten.
Freitag den 9. Februar 1906
1. großer Uk.-Abend.

Burg. Bockbier. Burg.
Sonnabend, Sonntag und Montag Bockbierfest.
Heute wollen wir alle mal nach
Carl Plottkow, Zerbsterstraße 22
gehen und dort ein hochfeines Glas Bockbier trinken, dazu ein Paar
vortreffliche Bockwürste essen und so auf ein paar Stunden unsere
Grillen vergeffen. 2618

Schönebeck Schönebeck
Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u.
-Arbeiterinnen 2620
Sonnabend den 17. Februar, von abends 7^{1/2} Uhr
Verbandsfest
im festlich dekorierten Saale des „Stadtpark“.
Hierzu sind alle Kollegen mit ihren Angehörigen freundlichst
eingeladen. Programme sind bei allen bekannten Kollegen zu haben.
Nichtorganisierte haben keinen Zutritt.
Das Festkomitee.
Sonntag den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr
Mitglieder-Versammlung.

Im Zirkus
Täglich abends 8 Uhr
Das schlimmste Weib von London.
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr
Hänsel und Gretel.
Erwachsene zahlen auf allen Plätzen, außer Loge, 20 Pf.,
Kinder 10 Pf.

Odeum. Halberstadt. Odeum.
Sonntag den 11. Februar, von abends 6^{1/2} Uhr ab
Grosser Maskenball
unter gütiger Mitwirkung des Arbeiter-Larubereins „Freiheit“.
Zur Aufführung gelangen:
Neu! Aigenreigen. — Spanierreigen. — Dekorations- und Illuminationsreigen, aus-
geführt von 50 Personen. — **Die tolligste Stunde der alten Weiber.** Großer Auf-
tritt. — **Großes Strandfest** mit anschließendem Föhreigen. — **Blumen- und Schirmtanz,**
ausgeführt von 16 Personen. — **Raffenschiffchen** mit großer Illumination, ausgeführt von 100 Personen.
Herren Maskenkarten 1 Mark. — Damen-Maskenkarten 50 Pfg.
Zuschauerkarten im Vorverkauf 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg.
Karten sind im Vorverkauf zu haben in den Zigarrengeschäften **A. Albert** und **G. Hebel,**
Behnebrunnen, Michaelis, Dominikaner, Golden, Schuh- und Paulstrassenecke, R. Gollmann,
Botanische, Winter, Bismarck, im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße, im „Odeum“ bei Fr. Krebs
und beim **Restorateur Rabe, Hauptstr., jetzt im Festsaal des Bahnhofs, Gröperstraße.**

Frohse.
Oeff. Volksvereins-Versammlung
am Sonnabend den 10. Februar,
abends 8 Uhr, im Restaurant von
Karl Heinemann.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Gründung einer Filiale.
3. Verschiedenes. 2613
Die Parteigenossen werden gebeten,
zahlreich zu erscheinen.

Tüchtige Former
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Metal-Industrie Schönebeck A.-G.
Schönebeck a. E. 2601

Redakteur
für den lokalen oder provinziellen
Teil der „Volksstimme“ zum 1. April
gesucht. Bewerber, die schon einige
Jahre redaktionell erfolgreich ge-
arbeitet haben, erhalten den Vorzug.
Übersendung einzelner Artikel er-
wünscht. Bedingungen des Vereins
Arbeiterpresse voll anerkannt.
Die Bewerbungen sind bis zum
15. Februar an **A. Fabian** in
Magdeburg, Jakobstraße 49, zu
richten.

Burg Burg
Bockbierfest
Sonnabend u. Sonntag
Grosses
Bockbierfest
Freundlich ladet ein 2617
H. Siebert, Kanalstr. 8.

Vortrag- und Aufführungs-
sachen für
Herren-Abende
Von Hermann Schönrod.
Mt. 1.—
Buchhandl. Volksstimme

Morgen Sonnabend 1019
Schlachtfest.
G. Peterling, Wlth. Raabe Str. 3.

Sonnabend 2615
Gr. Narren-Abend
H. Winkelmann
Heinrichstraße 2.

Sonnabend den 10. Februar
Großer Narrenabend.
Ergebnis ladet ein 1021
R. Schall, Nikolaiplatz 1.

Sonnabend **Preisfest**
u. Sonntag **Geldpreise.**
Ergebnis ladet ein 2614
Aug. Marosky, Schmidtstr. 10a.

Stadt-Theater.
Freitag den 9. Februar 1906.
Liedland.
Muskdrama von Eugen d'Albert.

Wilhelm-Theater.
Heute und folgende Tage
Wie früh um Fünfe.

Walhalla.
Das großartige
Februar-Programm!
Nur erstklassige
Spezialitäten!!!
Abend. köstlicher Erfolg
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
„Zur Venus-Grotte“
Täglich:
Konzert und Künstler-
Vorstellung.

aber vollständig allein reiten. Man will paier auf die An- gelegenheit zurückkommen. Von Interesse war bei diesem Punkte der Tagesordnung noch, daß Herr Stern von dem „wahrscheinlich begrabenem Flämingprojekt“ sprach.

Die Sechsmillionenleihe für das Elektri- zitätswerk wurde natürlich bewilligt nachdem Herr Stern den Antragskollegen, die eine Verlesung des Krefelder Ober- bürgermeisters Dr. Dehler als Oberbürgermeister nach Magdeburg wünschen, einen kleinen Dämpfer aufgesetzt hatte. Herr Dehler, der ehemals Stadtrat in Magdeburg war, verdankt die Stadt nämlich den Vertrag mit dem Elektri- zitätswerk, der der Stadt ein rundes Stimmchen kostet. Er hatte, so erklärte Herr Stern, zwar die nötige juristische, aber nicht die nötige fachliche Kenntnis. Der Führer der bürger- lichen Stadtverordnetenmehrheit traut den Kommunaljuristen, obgleich er selbst zur Jurist gehört, also doch weniger zu, wie diese gewöhnlich sich selbst.

Eine schlechte Zensur erhielt der Magistrat dann von Herrn Stern, als die Vorlage über die Milchsterilisierungs- anstalt beraten wurde. Sie macht ihm gar keine Freude und offenbar hat er sowohl wie zahlreiche andre Stadtväter die Meinung, der Magdeburger Volkerei die angekauften Apparate zu verkaufen und ihr die Lieferung der sterilisierten Milch zu übertragen. Vorläufig ist die Sache einem Aus- schuß überwiesen, dem von unserer Seite der Genosse Richter angehört. Man darf auf die Arbeiten dieses Ausschusses sehr gespannt sein, denn sicher sind sehr interessierte Kreise emsig tätig, privater Gewinnsucht die Säuglingsfürsorge unterzuordnen.

Magistrat und Polizei.

Die Magdeburger Stadtverordneten-Versammlung hat sich eine Geschäftsordnung gegeben, die der demnächst zusammentretenden russischen Duma angelegentlich zu empfehlen ist, sie paßt wirklich mehr für eine Volksvertretung von des Herrn Gnade wie für eine Versammlung eines „Selbstverwaltungskörpers“. Und eine der schönsten Blüten an diesem Strauch, den der Magdeburger Kommunalliberalismus gepflanzt hat, ist der Paragraph 21 der Geschäftsordnung. Er gibt den Stadt- verordneten das Recht, Anfragen zu stellen, aber der Magistrat darf die Beantwortung dieser Anfragen ohne Angabe von Gründen verweigern. Eine Befragung solcher Anfragen, die der Magistrat nicht beantwortet, kann zwar stattfinden, aber es müssen 15 Stadt- verordnete dafür stimmen, eine Stimmzahl, die von den sozialdemo- kratischen Stadtverordneten nicht aufgebracht werden kann.

Gestern machte sich der Magistrat diese Bestimmung zunutze, um der Beantwortung der ihm offenbar sehr unangenehmen Anfrage über die Absperre der Polizeistation der Polizei am roten Sonntag aus dem Wege zu gehen. Er lehnte es ab, die Anfrage zu beantworten. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragten trotzdem die Befragung der Anfrage, aber der Antrag wurde abge- lehnt, da außer unseren Genossen kein bürgerlicher Stadt- verordneter Neigung trug, das Magdeburger Polizeiregiment im Stadtverordnetenrat zu beleuchten.

Wir sind auch mit diesem Ausgang der Sache zufrieden. Das eine Gute hat die Anfrage schon gehabt, daß die bürgerliche Presse Magdeburgs wenigstens durch Wiedergabe der Anfrage ihren Lesern Kenntnis davon geben mußte, daß am 21. Januar die Polizei den Verkehr einschränkte, teilweise ganz unterdrückte. Und darüber, daß der Magistrat zu einer solchen, die gesamte Einwohnerschaft Magdeburgs interessierenden Frage nichts zu sagen weiß, wird man sich auch keine Gedanken machen. Denn, wie von sozialdemokratischer Seite sofort festgestellt wurde, keine Antwort ist auch eine Ant- wort, und wenn Herr Stern glauben bemerken zu müssen, man werde schon etwas auf die sozialdemokratische Anfrage zu antworten wissen, weshalb hat er mit seinen Getreuen denn nicht für eine Be- sprechung der Anfrage gestimmt? Im übrigen darf er beruhigt sein, die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden ihm Gelegenheit geben, seine Weisheit trotzdem der Magdeburger Bevölkerung mitzuteilen, denn sie werden nimmehr einen Antrag einbringen, der das Thema zur Erörterung bringt. Es besteht keinerlei Neigung auf unserer Seite, die Erörterung der Polizeimaßnahmen zu verhindern. Dazu sind sie uns doch zu wertvoll.

Im Anschluß daran möchten wir heute schon mitteilen, daß natürlich mit den Protestveranstaltungen in der vorigen Woche die Kupfer- machung der Polizeistationen für die Agitation für unsere Parteiorgani- sation und Presse noch nicht zu Ende ist. Anfang März erfolgt von unserer Seite eine neue Aktion, die eine Massenbeteiligung der Parteigenossen erforderlich macht. Alles Nähere wird seinerzeit bekannt gegeben werden, die Genossen mögen sich nur rüsten, damit sie bereit sind, wenn am 4. März der Ruf an sie ertönt.

— Zur Oberbürgermeisterwahl. In der gestrigen nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurden auch die Anstellungsbedingungen für den neuen Oberbürger- meister Magdeburgs festgesetzt. Nach den gefaßten Be- schlüssen soll das Anfangsgelalt 15 000 Mark betragen. Der Wert der freien Wohnung im Rathaus wurde auf 3000 Mark bemessen, so daß das pensionsfähige Einkommen des neuen Stadtoberhauptes sich zunächst auf 18 000 Mark stellen wird. Die Dienstaufwandsgehälter wurden in Höhe von 4000 Mark festgesetzt; sie sind aber nicht pensionsfähig. Das Gesamtinkommen beträgt somit 22 000 Mark. Bei der Anstellung des bisherigen Oberbürger- meisters wurden nur 3000 Mark Repräsentationsgehälter ge- währt; im übrigen waren die Bedingungen dieselben, wie sie jetzt beschlossen worden sind. Diese Bedingungen müssen noch von Magistrat und Bezirksausschuß genehmigt werden. Wir vermüssen in ihnen folgende Vorschriften: Einem Oberbürgermeister, der nach seinem Austritt aus dem städtischen Dienst einen fetten Posten in einer Aktiengesell- schaft annimmt, ist die Pension um den Betrag zu kürzen, der dem ehemaligen Oberbürgermeister aus seiner privaten Tätigkeit zufließt. Es ist unterjagt, den Oberbürgermeistern eine höhere Pension, als sie nach ihrer Dienstzeit beanspruchen dürfen, zu bewilligen. Wenn solche Anstellungsbedingungen nach elf Jahren, als Herr Schneider sein Amt antrat, fest- gesetzt worden wären, könnte der Stadtfüßel jetzt eine Aus- gabe sparen, die ausreichen würde, die Kosten für die

Forderungen der Gasarbeiter und der Laternenanzünder zu tragen. —

— 500 Mark für eine Adresse an das Kaiser- paar, wenn es seine silberne Hochzeit feiert, sind gestern von den Stadtverordneten in geheimer Sitzung bewilligt worden. Die Laternenanzünder und Gasarbeiter im Gaswerk werden daraus ersehen, daß unsre Stadtväter nicht immer weise Sparfamkeit als das oberste Gebot einer Stadtverordneten- Versammlung betrachten. —

— In der nichtöffentlichen Sitzung am Donnerstag abend genehmigten die Stadtverordneten die Anstellung des Militär- arztadmittanten Ehardt als Votum (Beamter auf Lebenszeit), ferner Wilwen- und Waisengeld für die Hinterbliebenen zweier kriegsbeschädigter Beamten. Die Stadtverordneten gaben ferner ihre Zustimmung zur sofortigen Beförderung der Stelle des Oberarztes an der äußeren Abteilung der Krankenanstalt Sudenburg durch den Prof. Dr. Wen del zu Warburg. —

— Achtung, Mobelstahler! Um die vertragliche Arbeitszeit von 9 Stunden für sämtliche Tischlerarbeiten Magdeburgs ohne Ausnahmen einzuführen, ist mehreren Firmen diese Forderung angekündigt worden. Gebr. Börsch, Friedrichstraße 4a, haben ihre Leute sofort entlassen. In andern Betrieben kann in den nächsten Tagen Ähnliches geschehen. Größere Kompensationen sind nicht ausgeschlossen. Sämtliche un- liegenden Bahnhöfe wollen deshalb Bezug fern- halten. —

— Aus der Schuhmacherbewegung. In der Mittwoch- nummer berichteten wir eingehend über die Versammlung, welche sich mit den Vorgängen in der Grünbergischen Schuhfabrik be- schäftigte. Diese Versammlung beauftragte die Verhandlungsleitung, in der Fabrik vorstellig zu werden und dafür zu sorgen, daß bei Neueinstellung von Arbeitskräften zuerst die entlassenen Arbeiter berücksichtigt werden. Am Dienstag mittag wurden der Gauarbeiter Weidens und der Vorstands- ber der hiesigen Zählstelle bei Grünberg vorstellig. Ihnen wurde entgegen- gesetzt ungenügende Arbeitskräfte in Frage kämen, sollten die alten Ar- beiter berücksichtigt werden. Aber das Versprechen wird nicht gehalten. Ein Entlassener erhielt Nachricht, er solle sich im Laufe des Mittwoch wegen Arbeit im Kontor melden. Da dieser Kollege schon andre Arbeit an- genommen hatte, benachrichtigte er einen andern, der bis heute noch keine Arbeit bekommen konnte. Beide gingen gemeinsam nach der Fabrik. Nach Klarlegung des Sachverhalts erklärte Herr Ludwig: Sie kann ich nicht ge- brauchen. Einem andern Kollegen, der sofort mit derselben Karte ebenfalls vorstellig wurde, erklärte man nach einigem Hin und Her, er solle Nachricht haben. Hat der Betreffende Nachricht erhalten? Weil die alten Ar- beiter in der Fabrik stets für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gestrebt haben, will man endlich die „Hejer“ loswerden. Daß die Lohnverhältnisse nicht die besten sind, beweist der Maschinenfall. Hier werden Löhne gezahlt, wie in keiner andern Fabrik. Prima Arbeit wird verlangt, aber die Arbeitsbedingungen sind nicht im entferntesten. Man will billig produzieren! Wie berechtigt unsre Annahme ist, beweist die heutige Nummer des „Gen. Anz.“: „Einige jüngere Schuhmacher, die ihre Lehrszeit beendet haben, stellen sofort ein Herrn Grünberg u. Co. „Jüngere“, soeben „ausgelernte“ Leute will man haben. Warum? Diesen braucht man nicht soviel Lohn zu zahlen, wie den älteren Arbeitern. Die alten Arbeiter lassen sich auch keine schlechte Behandlung gefallen. Kurz, die alten Arbeiter sind stets für bessere Lohn- und Arbeits- bedingungen eingetreten und deshalb will man dieselben nicht mehr haben. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die gesuchten „Jüngeren“, soeben ausgelerneten Schuhmacher diesen Betrieb so lange meiden, bis die noch überflüssigen und arbeitslosen Schuhmacher wieder eingestell- tet sind. Die Stimmung hat die Lehrszeit der Schuhmacher auf vier Jahre festgelegt. Wenn die jungen Leute diese lange Lehrszeit hinter sich haben, will man sie als Lohndrücker verwenden. Man mietet ihnen zu Arbeit zu solchen miserablen Bedingungen zu übernehmen, wie sie in der Grünbergischen Fabrik bestehen. Das ist bezeichnend für die Lage der Schuhmacher, belehrt die jungen Leute aber auch hoffentlich zur Vorsicht dem Arbeitsangebote gegenüber. —

— Waldschulen. Der Kultusminister hat an die Regierungen und Provinzialschulkollegien einen Erlass ge- richtet, in dem auf eine Beschreibung der Waldschule im „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen“ hingewiesen wird. Dann heißt es weiter:

Im Hinblick auf die Gefahren, welche in großen Städten und Orten mit vorwiegend industrieller Beschäftigung der Be- wohner für eine gesunde Entwicklung der Jugend bestehen, sind alle Veranstaltungen lebhaft zu begrüßen, welche auf eine gesund- heitliche Kräftigung der Schuljüngend abzielen. Je wirksamer solche Maßnahmen sind, um so nachdrücklicher sind sie zu empfeh- len und um so tatkräftiger zu fördern. Unter denselben ver- dient die Waldschule wegen ihrer eigenartigen Verbän- dung des gesundheitslichen Zweckes mit dem erzieherischen vor- zugsweise Beachtung. Indem ich auf den bezeichneten Abdruck noch ausdrücklich aufmerksam mache, veranlasse ich auf besonderen Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs die königliche Regierung, in geeigneter Weise für die weitere Ver- breitung der Darlegung zu sorgen und überall da, wo seitens größerer Städte und Landgemeinden ihres Bezirkes sich das Be- streben nach Begründung ähnlicher Einrichtungen zeigt, dieses Bestreben möglichst wirksam zu fördern. Ueber etwaige im dor- tigen Bezirk getroffene Einrichtungen vorbezeichneter Art ist mir zu berichten.

Vielleicht wendet man nun auch in Magdeburg dieser Frage einige Aufmerksamkeit zu. —

— Künstlerisches Interesse oder Unterhaltungsbedürfnis. Das Schöffengericht hatte gestern über folgenden Fall zu entscheiden: Der Schankwirt Karl Ritter hier veranstaltete im Herbst v. J. in seinem Lokal musikalische Aufführungen, die aus Instrumentalmusik und Gesang bestanden. Ihr Ende fanden die Aufführungen um 10 Uhr abends. Eine polizeiliche Erlaubnis hatte Ritter zu diesen Veran- staltungen nicht eingeholt, weil er meinte, es wälte dabei ein höheres Künstlerinteresse vor, es sei also keine Erlaubnis nötig. Zunächst wurden nur gute Sachen gesungen, Operarien und gute Lieder. Die beiden Sänger sind nachgewiesenermaßen künstlerisch ausgebildete Leute, Italiener. Der Polizeikommissar Gwerner schloß nun aber aus dem Publikum, das die Aufführungen besuchte, daß dieselben nicht künst- lerischer Natur seien. Es bestand nach Angabe des Zeugen aus Personen, die dem kleinen Bürgerstande angehörten, aus Unter- beamten und Arbeitern. Selbst angehört hat der Zeuge die Dar- bietungen nicht, er meinte aber, Ritter habe die Sache nur veranstaltet, um ihm Geschäft zu heben, nicht aus Künstlerinteresse. Es erfolgte daraufhin ein Strafbescheid in Höhe von 40 Mark. Das Gericht nahm an, was künstlerische Interessen besriedigen wolle, gehe nicht in Wirk- lichkeiten, wie die des Angeklagten. Ritters Besucher wollten sich ledig- lich unterhalten. Es käme daher nicht darauf an, ob die Aufführungen selbst künstlerische seien oder nicht. Es wäre eine polizeiliche Erlaubnis nötig gewesen und die im Strafbescheid festgesetzte Strafe durchaus an- gemessen. Es wurde auf 40 Mark Geldstrafe erkannt. —

— Ermittelte Leichenränder. Am 22. Dezember v. J. war in das Gemölde der Kapelle auf dem alten Sudenburger Friedhof ein- gebrochen worden, wie wir seinerzeit berichteten. Als Täter wurden jetzt in Hannover der vorbestrafte Schuhmacher Will Elckott, der Feizer Adolf Fasch und die in Ahlem wohnende separierte Anna Schille er- mittelt. Sie wurden nach Ablegung eines umfassenden Geständnisses in das Gerichtsgefängnis zu Hannover gebracht. —

— Von der Feuerwache. Am Donnerstag abend gegen 9 Uhr war im Hause Prälatenstraße 17 ein Dachstuhlbrand ausgebrochen, der aber vom 1. Löszug bald beseitigt wurde. Von dem Feuer waren Dachsparren, Beschläge und alte Sachen in Mitteleenschaft geogen worden. —

— Unfälle. Dem Buchhändler Karl Stary aus Klein-Olmütz leben fiel am Donnerstag in der Maschinenfabrik Budau bei der U- beit ein eiserner Deckel auf den linken Fuß, wodurch er eine Quetschung der großen Zehe erlitt. R. wurde mittels Drahtseile in die Kranken- anstalt Sudenburg eingeliefert. — Am Donnerstag abend klappte an der Ecke Kaiser-Wilhelmsplatz und Breitenweg der Handelsmann Bern- hard Hermann mit seinem Gespann um, wobei er sich den linken Arm brach. D. ließ sich im Krankenhaus Alstadt verbinden. —

Kleine Chronik.

Ein prügelfreundlicher Staatsanwalt. In Breslau fanden vor dem Schöffengericht vier echte so- genannte „Großstadt-Roudys“, angeklagt wegen großen Unfugs und Körperverletzung. Die Sache selbst ist zu alltäglich, als daß sie all- gemeines Interesse hätte. Aber allgemeine Beachtung wird es finden, daß der Vertreter der Anklagebehörde lebhaft bedauerte, gegen die jugendlichen Angeklagten nicht die Prügelfestschraube zu betreiben zu können. In Gestalt von 25 Hieben täglich, einige Tage hinter- einander verabsfolgt, würde eine solche „Strafe“ als Abschreckung an- besien wirken. — Die Abschreckungstheorie! Auf einen höheren Stand- punkt der Auffassung vom Wesen des Strafbußes kann unsre bürger- liche Gesellschaft sich eben nicht hinaufschwingen. — K.

Die Jagd auf den Mörder. Seit einigen Tagen fahndet die Berliner Kriminalpolizei auf den Mörder Hennig, der schon einmal ergriffen war, aber wieder entflohen. Alle Anstrengungen, den Gefuchten zu entdecken, blieben aber bis jetzt vergeblich. Die Bemühungen am Donnerstag wurden mit einem außer- ordentlich großen Aufgebot von Beamten unternommen. Eines der größten Kesseltreiben, das die Großstadt je gesehen, wurde durch mehr als tausend Kriminalbeamte und uniformierte Beamte um die Vanhengelände von Treptow, Rixdorf, Tempelhof, Schöneberg, Zehlendorf, Gesundbrunnen, Weichensee, Stralau, Rummelsburg, Lichterberg und Friedrichsberg veranstaltet. Der Menschenjagd schlossen sich viele Laubensbüchler an, und sogar Knaben traten in Aktion, wo es sich um Schußwinkler handelte, in die ein Erwachsener nur schwer zu gelangen vermochte. Kein Plätzchen blieb unberührt. Hin und wieder wurde ein Mann oder auch eine Frau, die sich irgendwo aus ungeduldeten Gräben zu einem Mittagsbrot niederlegte hatten, aufgeköpft, aber Heinrich fand man nicht. Um 5 1/2 Uhr war auch die letzte Streife zu Ende. Ganze Scharen von Kindern und auch Erwachsenen begleiteten die Be- amten wieder nach den Stadt- und Ringbahnhöfen und Straßenbahn- haltestellen. —

Das größte Segelschiff der Welt. Am Donnerstag ist auf Rüdners Werft in Bremerhaven das für eigene Rechnung der Firma Rüdners erbaute Schiff „R. E. Rüdners“, das größte Segelschiff der Welt, glücklich vom Stapel gelaufen. Das Schiff ist 134,10 Meter lang, 16,40 Meter breit, besitzt 8000 Tonnen Tragfähigkeit und 8,23 Meter Tiefgang. —

Opfer der Nordsee. Nach amtlicher Statistik gingen von der Hochseefischerflotte der Unterelbe im Jahre 1905 neun Fahrzeuge mit 29 Mann unter. Seit 1882 sind insgesamt 81 Schiffe mit 250 Fischern der Nordsee zum Opfer gefallen. —

800 Pfund Pulver explodiert. Steinbrucharbeiter in Raon l'etape zündeten ein Gebäude mit 400 Kilogramm Pulver und Sprengstoffen an, worauf eine furch- bare Explosion erfolgte. Das Haus lag in die Luft, der Schaden ist beträchtlich. —

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

* Riga, 8. Februar. In den Wendischen und Walschen Kreisen Livlands ist neuerlich Aufruhr ausgebrochen. Es wurden dort massenhaft Proklamationen verbreitet, worin zu Ueber- fällen auf das Militär und die wiedererlangte legale Gemein- d Verwaltung aufgefordert wird. An einigen Orten haben derartige Ueberfälle stattgefunden. —

* Penja, 8. Februar. Der Polizeichef Kondorow wurde heute vormittag getötet. Der Täter wurde erwischt. —

* Petersburg, 8. Februar. Aus Madimost mit ge- meldet, daß der Verkehr auf der ostchinesischen Bahn sowie auf der Transbaikalbahn abermals unterbrochen ist. Die Wieder- herstellung ist so bald auch nicht zu erwarten, weil zuviel von der Bahnhöhle zerstört ist. General Remenkovski verlangte aus Charbin Militär, um die Bahn wiederherzustellen, doch sind die verlangten Truppen erst auf dem Wege nach Charbin, und da der Verkehr auf der sibirischen Bahn auch noch sehr mangelhaft ist, so ist die Weiter- beförderung in Zukunft unterbrochen. Im Kaukasus dehnt sich der Aufruhr immer weiter aus. —

* Sebastopol, 8. Februar. Der Gerichtssaal, in dem über die Leute vom „Potemkin“ verhandelt wird, ist von Truppen besetzt. Einige Angeklagte werden auf Tragbahnen hineingetragen. Es wird festgestellt, daß die wichtigsten Angeklagten entkommen sind. Der frühere Kommandeur des Panzerkreuzers Neiman Alexjew, der Inge- nieur Keilowitsch und der Arzt Galenkoff bekennen sich unschuldig. Ge- versicherten, daß sie nur ihren heilsamen Einfluß auf die Mannschaft gehalten wollten und aus diesem Grunde auf dem „Potemkin“ geblieben seien. Der Advokatenverband hat nach die bekannten Advokaten Wimbarg und Balawinskij zur Verteidigung der Angeklagten beordert. —

* Odenburg, 9. Februar. Eine Interpellation ist von sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtag einge- bracht worden, in der die Regierung um Mitteilung der Gründe er- sucht wird, aus denen die vom Stadtmagistrat zu Delmenhorst verfaßte und vom Staatsministerium genehmigte Ausweisung des sozial- demokratischen Bauarbeiters Bermeiren erfolgt ist. Bermeiren ist Holländer, wohnt aber schon seit langen Jahren im Odenburgischen und gehört dem odenburgischen Eisenbahnat an. —

* Stuttgart, 9. Februar. Der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung und Ergänzung des Landtagswahlgesetzes wurde in der Schlußabstimmung mit 68 gegen eine Stimme angenommen. —

* Hd. Kaiserlautern, 9. Februar. Für die am 21. März d. J. stattfindende Reichstagswahl für den Wahlkreis Kaiserlautern-Kirchheimbolanden stellten die Sozialdemokraten den Landtagsabgeordneten Segis als Reichstagskandidaten auf. —

* Saarbrücken, 9. Februar. Wie die „Trierer Zeitung“ meldet, haben die Bergleute der königlichen Saargruben, welche am 22. Januar an der sozialdemokratischen Demonstrations-Versam- lung teilgenommen, ihre Adreßliste erhalten. — Der Vater Staat will auf diese Weise darlegen, daß er Mutterinstitute besitzt. —

* Paris, 9. Februar. In Versailles wurde der Inventar- annahme in der St. Symphorienkirche erbitterter Widerstand entgegengebracht. Als der Präsekt und der Finanzbeamte die Kirche be- traten, wurden sie von den auf dem Chor postierten Mannschaften mit Stühlen und Steinen bombardiert. Der Präsekt wurde erheblich an Kopfe verletzt. Gendarmen und Truppen drangen in die Kirche ein und verhafteten eine Anzahl junger Leute. —

* Paris, 9. Februar. Die sozialistischen Deputierten Sembat, Jaures und Bailant verlangten gestern von der Regierung darüber Auskunft, ob sie für die in der Angelegenheit der Konferenz von Algiciras und der Marokkoprobleme eröffnete Preskampa gne die Verantwortung übernehme. Ministerpräsident Rouvier er- widert hierauf, daß die Regierung die Preskampa gne weder inspiriert, noch einer Zensur unterworfen hat. Jaures erkennt an, daß der Standpunkt der Regierung richtig sei, stellt aber fest, daß die Nachrichten, die ihn zu der Interpellation veranlaßt hätten, eine Gefahr darstellten und zieht hierauf die Interpellation zurück. —

Ausverkauf ⁱⁿ Herren- und Knaben- Anzugstoffen

Unerreichte Riesenauswahl!

Die von meiner Musterei übriggebliebenen Coupons sowie die Dessins, welche sich nicht in meiner Versand-Kollektion befinden, kommen zu

bekannt unvergleichlich billigen Preisen

zum Ausverkauf. — Ich biete wie zu jeder Saison wieder eine

Unerreicht günstige Gelegenheit

Herren- und Knaben-Anzugstoffe, Damen-Kostümstoffe etc. in allen nur erdenklichen Arten und Mustern, **nur neuster** Dessins, und **anerkannt** vorzüglichen **best erprobten** Qualitäten am **vorteilhaftesten** einzukaufen.

Reste zu bekannt billigen Preisen **Reste**

Ohne Kaufzwang Ansicht gestattet!

Hermann Ohlrogge

Himmelreichstr. 23 **Tuchversandhaus Norddeutschland** Himmelreichstr. 23
parterre, 1., 2. und 3. Etage parterre, 1., 2. und 3. Etage



Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25—60 Mk.

Neue Nähmaschinen aller Systeme
unter Garantie
in billigster Preislage.

A. Rose, Breiteweg 264
(Scharnhorstplatz).

Bestes seit 1865 besteh. Geschäft dies. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
aller Art zu billigsten Preisen. 578

Schaftstiefel

in extra harter Ware empfiehlt

Wilh. Coors

2317 **Sudenburg**
Halberstädterstr. 116.

? Wo herrscht Keuchhusten ?

Zypressenöl, bestes Mittel gegen Keuch- und Stiekhusten

Herr Geheimrat Prof. Dr. Söltmann, Direktor des Leipziger Kinderkrankenhanfes, verwendet dasselbe seit Jahren ausschließlich bei Keuch- und Stiekhusten und hat sowohl bei älteren als auch bei jüngeren Kindern nur gute Erfolge erzielt. 2191

Nur erhältlich in Flaschen à Mk. 1.—; in Magdeburg und Vororte sende frei ins Haus, nach auswärts prompt gegen Nachnahme.

Nur echt zu haben in der
„**Neue Drogerie**“, Bruno Vietzsch, Magdeburg.-M. N.
Hohepfortstr. 46, Ecke Wolbenstr. Fernspr. 3691.

kauft man am besten!

Geschäftshaus M. Gutermann & Co.

Sudenburg, Halberstädterstrasse 109 2607

Neu aufgenommen: **Bettfedern** nur prima Qualitäten zu billigen Preisen —

Jeder muss es wissen

dass wir

Sonnabend — Sonntag — Montag

verkaufen:

Herren-Zugstiefel 7.50 6.75 3.95 | Damen-Knopf- und Schnürstiefel 3.95
5.50 4.50 2.95 | Damen-Knopf- und Schnürstiefel 2.95

Herren-Schnürstiefel 8.50 7.25 4.85 | Damen-Knopf- und Schnürstiefel 2.95
6.25 5.75 4.85 | Damen-Knopf- und Schnürstiefel 2.95

Damen-Ballschuhe in grosser Auswahl 6.75 5.50 4.50 2.95

Kinder-Stiefel

	21—24	25—26	27—30	31—35
Kopfleber	2.25	2.75	3.25	3.95
Bogzoll	2.95	3.75	4.75	5.50

Schuhwarenhaus

Geb. Schachmann

Breiteweg 69/70 — Ecke Scharnstrasse

Als Neuheit

empfehlen

Nr. 6 Marke Vierkant

(Vorstenlanden, viereckig, 4x25 gebündelt), aus rein überseeischen Tabaken, in bester Zusammenstellung. Kräftige und doch milde u. angenehme Qualität, sicher und schön brennend. Versuchen Sie selbst!

Nr. 6 kostet à Stück

6 Pf., Dtzd. schon

zum Mille-Preis von

50 Pf., 100 Stück

in Papier-Pack.

Mk. 4.—, in

Kistchen

Mk. 4.10.

Ausser-

dem emp-

fehlen

unsre reiche

Auswahl and-

rer Sorten in

jed. Geschmacks-

richtung u. Preis-

lage, hochfeine

Mexiko, Vorstenland,

Sumatra, Brasil.

Havanna, immer vom

Dtzd. resp. 100 Stck. an zu

Fabrik-Mille-Preisen.

Rauchtabake:

Meissner-Tabak, mild u. gut,

in 1/4 Pfd.-Tüten à 10 Pf., Zigarren-

Abfall 1 Pfd. 60 Pf., Pastoren-Tabak

1 Pfd. 80 Pf., Mischungen bis

zu 2 Mk. pro Pfd.

Tabak- u. Zigarrenfabrik

Paul Meissner & Co.

Hauptgeschäft: Schrottdorferstrasse 1?

2. Geschäft: Breiteweg 253, nahe am Hasselbachplatz

3. Geschäft: Sudenburg, Halberstädterstrasse 117.

Man verlange

Mikrometer

Gewindestahllehren

Taster etc. 2551

Edm. Bölsche

Halberstädterstr. 110.

Bestellungen von außerhalb werden prompt erledigt.

Frische Trinkeier

von heute ab 2597

Stück 7 Pf. Mandel 105 Pf.

5 Proz. Rabattsparmarken

Butterhdl. Edelweiss

Halberstädterstr. 40

Ein Kinderwagen z. Preise v. 10 Mk. zu verkaufen Fernersleben, Schulstr. 5.

2498 **Sudenburg**
37 Halberstädterstr. 37

Theodor Kraft

Schuhwarenlager

Umfangreichste Auswahl:

Ballschuhe

Sackschuhe

Feine Herrenstiefel

Feine Damenstiefel

Feine Knaben- und

Mädchen-Stiefel

Gummischuhe

Pflanzschuhe

Plüsch- und Stoffschuhe

Pantoffel

Goltschuhe

Gefütterte Lederschuhe

Gefütterte Lederstiefel

Beste Qualitäten. Billigste Preise.

Preisliste gratis und franko!